

## Rezensionen

**Heynowski, Walter: Der Film meines Lebens. Zerschossene Jugend. Berlin: Das Neue Berlin 2007, 335 Seiten, 19,90 €.**

Schicksal Propaganda oder ein Propaganda-Schicksal? Als Walter H. politisch und geographisch „die Fronten wechselt“, wie er schreibt, ist der Leser auf Seite 335 angelangt. Es ist der August des Jahres 1948, und Heynowskis Bericht/Buch *Der Film meines Lebens. Zerschossene Jugend* ist zu Ende. Kann so eine Periode Pars pro Toto für das Leben eines achtzigjährigen, international bekannten Filmemachers stehen? Wohl kaum. Es ist wie der Beginn eines Lebensberichts, der irgendwann abbricht. Heynowskis Erinnerungen umfassen fast ausschließlich die Phase seiner Jugendsünden.

Was er da erinnert, muß ihn nicht schämen. Allerdings sind manche Weichenstellungen frappierend. Wenn er von sich als gläubigem Hitlerjungen schreibt, von einem jungen Flaksoldaten im Kokon der Verblendung, dann drängt sich unweigerlich der Gedanke auf, ob der Kokon nicht zu seiner Lebensform wurde, freilich mit wechselnden Farben. Dieser schützte ihn wohl auch davor, in seinem Buch zu viel über sich selbst preiszugeben. Es ist irritierend, in einer persönlichen Lebenserinnerung so überbordend viel über andere Leben zu lesen und von anderen über ihr Leben. Da werden Biographien böser und nicht ganz so böser Nazis gestreift und solche von guten Nazigegnern. Es mutet nicht nur an, als erzähle Heynowski gar nicht den Film *seines* Lebens, sondern die Ideen zu vielen Filmen, die er gern noch verwirklicht hätte. Statt an der eigenen, arbeitet er sich an der fremden Vita ab. Das hat er als Filmemacher immer getan, aber paßt das auch in seine Autobiographie?

Trotz der interessanten, wenn auch keineswegs einmaligen Schilderungen zu seiner Jugendzeit im „Tausendjährigen Reich“ will nicht überzeugen, was den Mann – der als Jugendlicher beinahe in die Ausbildung zum Nazipropagandisten geschlittert wäre – dazu bewogen hat, später dann ausgerechnet doch noch ein ausgewiesener Propagandist zu werden. Ein Einblick in sein Leben als erwachsener Mann, das er einer von ihm nun als richtig empfundenen Sache widmete, wird dem Leser nicht gewährt. Dafür erfährt er umso mehr über das Leben derer, die – älter als er – noch genug Gelegenheit hatten, den Krieg der Nazis in ein Sportfest umzulügen.

Vor allem der Berichterstatter der Propagandakompanie (PK) in der Waffen-SS, Herbert Reinecker, hatte es H. ange-tan. Ihm begegnete er persönlich. Als „Hauptschriftleiter“ der HJ-Postille *Der Pimpf* beeindruckte er den pubertierenden Flakhelfer und schickte ihn zur Aufnahmeprüfung für den PK-Nachwuchs in die Kaserne der Leibstandarte Adolf Hitler nach Berlin-Lichterfelde. Dort befand man H. zwar für stilsicher, doch als für zu „unarisches“ im Aussehen. Aus war's mit dem Traum von einer Karriere als „Tintenkuhli“.

Reinecker dagegen konnte auch der Untergang des Dritten Reiches nicht aus der Bahn werfen. Im Gegensatz zu seinem einstigen Jünger H. sah er jedoch Propaganda nicht mehr als seine Berufung. Er wurde einer der meistbeschäftigten Fernsehautoren der Bundesrepublik – vom Frontbericht bis zu „Tatort“ und „Traumschiff“. Nach H. sagt das – und hier ist ihm zuzustimmen – viel über die Bundesrepublik aus, nur nicht das, was er und seine Kollegen im Auftrag der SED den Zuschauern immer wieder weismachen wollten. So mochte und mag H. sich bis heute nicht eingestehen, daß das von ihm so oft verteufelte westliche Deutschland trotz alter Nazis eine Demokratie geworden war, während sein

Staat – ohne solche Nazis in den Spitzenpositionen – die Demokratie mit Füßen trat. Muß man Heynowski & Co. wirklich dafür dankbar sein, daß sie den Finger immer in die Wunden der anderen und nie in die eigenen legten? Daß sie lieber die dreckige Wäsche des Nachbarn wuschen und sich denen andienten, die keinerlei Kritik am eigenen System ertragen konnten?

Doch was war von einem zu erwarten, der – wenn es nach der amerikanischen Besatzungsarmee gegangen wäre – in einem Gefangenenlager bei Bad Kreuznach auf grüner Wiese und unter freiem Himmel in einem selbstgegrabenen Erdloch hätte vermodern können – gepeinigt von Kälte, Hunger und Ruhr? Diese Erfahrung, er schildert sie ausführlich, mag vieles erklären, auch Heynowskis ausgeprägten Haß auf den Westen. Zwar wurden die Gefangenenlager im Westen beschwiegen und ebenso verdrängt, wie vieles, was davor passiert war; doch wurden sie nicht, wie der Autor unterstellt, verschwiegen. Auch wurde die zeitweilige Sprachlosigkeit angesichts der eigenen Nazi-Vergangenheit nicht zur einer alles bedingenden Lebenslüge wie in der DDR. Heynowski und sein Freund und Kollege Gerhard Scheumann haben an dieser Lüge mitgewirkt, auf ihre Weise. Sie haben in ihren Filmen nichts erklärt und nichts enthüllt, wozu die von ihnen kritisierte Gesellschaft der Bundesrepublik nicht selbst in der Lage gewesen wäre.

Das will und kann Heynowski wohl nicht begreifen. Was wäre wohl geschehen, wenn ein vom „Studio H & S“ produzierter Streifen mit der ihm typischen Verve Mißstände – von Verbrechen erst gar nicht zu reden – im eigenen Land behandelt hätte? Heynowskis Mumm reichte aus, sich – tausende Kilometer entfernt – in Vietnam gefangene Piloten der US-Air Force vorführen zu lassen, aber nicht für eine Kritik an der DDR. Somit ist diese Teilbiographie vor allem

ein psychologisches Zeugnis von frühen Prägungen und ihren lebenslangen Wirkungen. Sie ist kein Zeugnis von Selbstkritik, Einsicht oder Mut. Reflexion, gar tiefgründige, scheut H. beim Blick auf sein Leben und bleibt, getreu seiner Profession, im Dokumentarischen, allerdings mit einer für ihn untypischen Milde und Rücksicht. Schade eigentlich und enttäuschend. Was er sonst einem Dokumentarfilm nicht verübeln würde, selbst wenn es ein „H&S-Film“ wäre, reicht dem an Erklärungen interessierten Leser hier ganz und gar nicht.

*Tobias Voigt*

**Friedmann, Ronald: Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie. Berlin: Edition Ost 2007, 288 Seiten, 14,90 €.**

Was für eine Biographie! Als achtzehnjähriger Kriegsgegner im Ersten Weltkrieg, k.u.k.-Offiziersanwärter, Zugführer, drei Jahre an der Isonzo-Front, Leutnant der Reserve und mehrere Tapferkeitsauszeichnungen. Dann aus dem Waffenrock ins Korsett des Parteisoldaten: ab 1918 in der kommunistischen Bewegung, Ende der zwanziger Jahre im KPD-Politbüro, im Auftrag der Komintern illegal in China und in den USA, Spanienkrieg, Internierung in Frankreich, 1949 spektakuläre Flucht aus den USA in die DDR, SED-Parteivorstand und am Ende Rundfunkchef. Es war wohl an der Zeit, einen Lebensbericht zu Gerhart Eisler zu verfassen.

Dabei sind dessen Selbstauskünfte spärlich. Eisler hat leider wenig Zusammenhängendes über sein spannendes Leben hinterlassen. So ist diese Biographie als akribisches Sammelwerk eine Annäherung an ein prototypisches und bewegtes Leben eines Kommunisten, wenn auch eine der besonders wohlmeinenden Art, was auch ihre größte Schwäche ist. Besonders sichtbar wird dies in der Be-

schreibung des Konfliktes zwischen Gerhart Eisler und seiner Schwester.

Von all den zwischenmenschlichen Beziehungen, die Eisler im Lauf seines Lebens pflegte, war die zu Ruth Fischer wohl die problematischste. Ihr widmet Friedmann einen Exkurs und beginnt ihn, indem er Ruth Fischer für verrückt erklärt. Ruth Fischer habe ihren Bruder „mit einem Haß“ verfolgt, „der mit zunehmendem Alter pathologische Züge annahm“. Und noch schärfer: „Doch ihre Vorwürfe waren mehr und mehr Produkte einer längst krankhaften Phantasie.“ Es fällt auf, daß Friedmann zu keiner anderen Person in seinem Buch, schon gar nicht zu seinem Haupthelden, ein derart prononciertes Urteil parat hat. Selbst wenn seine Diagnose zuträfe, hatte Ruth Fischer fürwahr allen Grund, am Kommunismus und an ihrem gläubigen Bruder zu verzweifeln.

Die nahezu wortidentische Fortschreibung der stalinistischen Dämonisierung der „Renegatin“ entlarvt eine peinliche Voreingenommenheit des Autors. Es ist wohl die große Sympathie Friedmanns für sein Untersuchungsobjekt, die ihn daran hindert, auch nur ein einziges Mal die Frage zu stellen, ob nicht doch eher Eisler und seine Genossen mit ihrem Kadavergehorsam jenseits aller rationalen und emotionalen Maßstäbe ein Fall für einfühlsame psychologische Betreuung gewesen wären. Aber bei Friedmann sind die Vorlieben wohl verteilt.

Hier schreibt ein Autor, der offenbar der Vorstellung anhängt, Eisler & Co. hätten ihr Leben einer guten Sache gewidmet. Diese sei nur falsch umgesetzt worden – freilich von anderen als seinen erklärten Helden. Darum steht er den Schrecken der kommunistischen Bewegung scheinbar auch naiv gegenüber. Über den Budapester Rajk-Prozeß schreibt er allen Ernstes: „Beweismittel‘ waren die Aussagen der Angeklagten, die sich aus kaum nachzuvollziehenden Gründen selbst der absurdesten und widersinnig-

ten Vorhaben und Taten bezichtigten.“ Vielleicht ist es Friedmann ja entgangen, daß diese Aussagen erfoltert wurden, vielleicht scheute er sich auch nur, das so klar zu benennen. So bleibt die ganze Rekonstruktion von Eislers Leben überhaupt bemüht im Deskriptiven; jedenfalls bei den Tatsachen, die der Biograph überhaupt wahrnehmen will.

Allein die Behandlung der Lebensstationen ist sicher verdienstvoll genug. Das Dokumentarische erweckt jedoch so den Schein eines objektiven Herangehens, das Analyse oder Wertung auch da vermissen läßt, wo sie angebracht gewesen wäre. Weder ist der Autor in der Lage, die entwürdigenden und widersinnigen innerparteilichen Säuberungsaktionen als solche darzustellen. Mehr noch beschreibt Friedmann Walter Ulbricht und seine Helfershelfer als unter sowjetischem Befehlsnotstand Stehende, deren Handeln noch Schlimmeres verhindert habe. Für letztere Behauptung ist nicht nur die Quellenlage zu dünn.

Wenige Seiten weiter schreibt der Autor dann selbst davon – wenn auch seltsam vage –, daß trotz Stalins Tod „die zuständigen Funktionäre in der DDR“ weiterhin einen Schauprozeß vorbereiteten. Das wüßten wir dann doch gern etwas genauer. Angesichts der für viele altgediente, gläubige Kommunisten tödlichen Dimension der stalinistischen Schauprozesse in Osteuropa mutet es nahezu autistisch an, daß Eisler, der lediglich ein paar Jahre kein Parteiamt ausüben durfte, diese Zeit als seine „bitterste“ bezeichnet. Gleichwohl paßt solche Selbstbezogenheit in das Bild dieses Revolutionärstypus, der ansonsten jede innerparteiliche Gemeinheit zu goutieren vermochte, solange sie ihn nicht selbst betraf.

Statt solche Haltungen bloßzulegen, übt sich Friedmann in Stilisierungen wie der vom hemdsärmlichen Agitator, der – zwar politisch ohne Amt und „kaltgestellt“ – am 17. Juni 1953 mutig den Arbeitern

gegenübertritt: „Ich bin Gerhart Eisler. Worüber müssen wir reden?“ Wie die Arbeiter auf dieses Angebot reagiert haben, erfahren wir nicht. Der Autor läßt uns an heimeliger Männerbündelei und tiefer Bruderliebe teilhaben. Nicht nur seine Beschreibungen des Verhältnisses zwischen Hanns und Gerhart Eisler sind geradezu rührend. Hier menschelt es gewaltig. Was waren das doch alles für nette Leute, möchte man meinen. Komisch nur das Gefühl, daß dahinter die Geschichte – irgendwie – verschwindet.

*Tobias Voigt*

**Lindenberger, Thomas (Hrsg.): Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen. Zeithistorische Studien, Bd. 33. Köln u.a.: Böhlau Verlag 2006, 286 Seiten, 39,90 €.**

„Greift nur hinein ins volle Menschenleben“, möchte man wie die „lustige Figur“ im Vorspiel zu Goethes Faust ausrufen, wenn man in dem vorliegenden Sammelband zu blättern beginnt. Denn „[...] wo ihr's packt, da ist es interessant“. Die Kultur des Kalten Krieges ist so ein Thema, das fesselt, wo immer man es packt. Ob es um Filme, Bücher oder um Hörfunk- und Fernsehprogramme geht – niemals waren die Massenmedien stärker politisch und ideologisch aufgeladen als in jener Epoche. Es herrschte eine Art moralisch-ideologischer Weltbürgerkrieg. Im staatlich geteilten, aber sprachlich und kulturell unteilbaren Deutschland wurde dieser Systemkonflikt besonders intensiv ausgetragen. Der vorliegende Sammelband versucht, diesen medialen Krieg als wechselseitigen Prozeß zu beschreiben.

Interessanterweise beginnt der Sammelband mit einem Beitrag über Wolfgang Staudte, der als Wanderer zwischen den Welten quer zur allgemeinen Polarisierung stand. Ulrike Weckel untersucht eingangs die Rezeption von Wolfgang Staudtes Heinrich-Mann-Verfilmung

„Der Untertan“. Sie beschreibt die Schwierigkeiten und die Verbote, mit denen die DEFA-Produktion aus dem Jahre 1951 in der Bundesrepublik zu kämpfen hatte. Der Film wurde als Ostpropaganda empfunden und durfte nur in geschlossenen Veranstaltungen gezeigt werden, hatte dort aber offenbar beträchtliche Wirkung. Der Untertan als prototypische Gestalt wurde zunehmend als deutsches Kontinuum gesehen.

Die Vermutung der Autorin, daß der Film in der DDR als „listige und vielleicht unfreiwillige“ Attacke „auf Funktionärswesen und Kadavergehorsam im SED-Staat“ gesehen wurde, kann der Rezensent aus eigener Erfahrung uneingeschränkt bestätigen. Heinrich Manns *Untertan* war Schulstoff, und die meisten Schüler orientierten sich angesichts des dickleibigen Romans gern an der Filmversion. Buch wie Film waren also allgemein bekannt und die Figur des Diederich Heßling war geradezu sprichwörtlich, wenn es um die Charakterisierung angepaßter SED-Karrieristen ging.

Bernd Stöver erinnert in seinem Beitrag an ein spezielles Genre des DEFA-Films: Von Anfang an produzierten die Babelsberger Studios auf Geheiß der Partei Spielfilme, die gegen die westdeutschen Revanchisten und Militaristen gerichtet waren. Dabei bediente sich die DEFA des Tatsachenfilms, der dokumentarische Elemente einbezog und den Anspruch auf Authentizität erhob. Höhepunkte dieser Enthüllungsfilme waren „Der Traum des Hauptmann Loy“ (1961), „For eyes only“ (1963) und „Preludio 11“ (1964).

Der Autor hebt zu Recht hervor, daß diese und einige andere Filme sehr wirkungsvoll und spannend gemacht waren. Die agitatorische Wirkung dürfte hingegen eher begrenzt gewesen sein. DEFA-Filme liefen in der Regel vor leeren Kinossesseln. Allerdings gab es in jenen Jahren die segensreiche Institution des „Pflichtfilms“. Gelegentlich fiel zur all-

gemeinen Freude der Schüler der Unterricht aus, und die ganze Klasse marschierte geschlossen ins Kino. Aus der Sicht eines damaligen Rezipienten dieser Art von Veranstaltungen sei hinzugefügt, gerade die Filme über den verfallenden Kapitalismus waren durchaus sehenswert. Teilweise wurde an Originalschauplätzen gedreht oder Dokumentarmaterial verarbeitet. Insofern zeigten die Stücke einfach einen Teil der Welt, der sonst unzugänglich war. Wenn es darum ging, den moralischen Verfall im Westen anzuprangern, scheute die DEFA keine Mittel und Mühen. Meist trafen sich die Spione in Nachtclubs oder Striptease-Lokalen. Das war natürlich aufregender, als den züchtigen Kolchose-Bäuerinnen und Stoßarbeiterinnen in Filmen aus dem Mosfilm-Studio bei der Planerfüllung zuzuschauen.

Lars Karl widmet sich dem sowjetischen Kriegsfilm, der die Kinos der DDR überschwemmte. Dabei wird vollkommen zu Recht darauf verwiesen, daß sich unter diesen Werken seit Beginn der Tauwetterzeit einige künstlerisch bedeutende und international erfolgreiche Filme befanden. „Die Kraniche ziehen“ (1957) stellte zum ersten Mal den Krieg aus der Perspektive des Hinterlandes dar. „Ein Menschenschicksal“ (1959), nach einer Erzählung des Nobelpreisträgers Michail Scholochow, beschreibt den Weg eines einfachen russischen Soldaten durch die deutschen Gefangenenlager. In „Iwans Kindheit“ (1962) zeigt Andrej Tarkowskij den Krieg aus der Sicht eines Kindes. Vom leeren Pathos der Stalinzeit sind diese Filme weit entfernt. Auch fehlt es nicht an vorsichtiger Kritik am Stalinismus. Sie war bis 1964 sogar politisch erwünscht. Dennoch hatten es die sowjetischen Kriegsfilme schwer in den Kinos der DDR.

Weitere Beiträge des Sammelbandes widmen sich den Hörfunkkommentaren der katholischen Kirche aus Berlin in den Jahren 1950 bis 1962 (Christine

Bartlitz), dem Topos der Schlüsselkinder (Uta C. Schmidt) und der Bildsprache der Wochenschauen in Ost und West am Beispiel der Frauenbilder (Uta Schwarz). Diese und andere Beiträge zeigen, wie sehr die Ästhetik des Kalten Krieges die Welt von damals teilte. Ohne jeden Zweifel wird man selbst bei scheinbar gänzlich unpolitischen Themen schon nach wenigen Sekunden das Filmdokument einer der beiden Seiten des Systemkonflikts zuordnen können.

Den Abschluß des Bandes bildet eine Untersuchung zum Programmaustausch des DDR-Fernsehens in den sechziger Jahren von Thomas Heimann. Der Artikel enthält interessantes Zahlenmaterial und aufschlußreiche Tabellen. Nachzutragen wäre noch ein Aspekt, der die „komplizierte Dialektik des Klassenkampfes“ illustriert. Der Deutsche Fernsehfunk, später das Fernsehen der DDR, stand in weiten Teilen der DDR in allabendlicher Konkurrenz zum Westfernsehen. Auf dem Gebiet der aktuellen Berichterstattung war der Westen unschlagbar. Dem Osten blieben neben Kindersendungen wie dem legendären Sandmännchen vor allem Spielfilme, die bei der ARD und im ZDF damals noch nicht in diesem Umfang ins Programm kamen. So nutzte das DDR-Fernsehen oft Filme, die nach marxistischer Lehre schwer anders als Schundprodukte der Unterhaltungsindustrie zu rubrizieren waren, um ihrer öden Propaganda auf die Beine zu helfen.

Die Wunderwaffe aus Adlershof waren die Filme der Babelsberger Traumfabrik aus der Nazizeit, die jeden Montagabend ab zwanzig Uhr ausgestrahlt wurden. Gleich nach dem Happy-End erschien am Montag ohne weitere Ansage der Vorspann zu Karl-Eduard von Schnitzlers „Schwarzem Kanal“. Hinzu kam die „Rumpelkammer“, zweifellos die beliebteste Sendung des Deutschen Fernsehfunks und angeblich die Sendung mit der längsten Laufzeit in der televisionären

Weltgeschichte. Willi Schwabe stellte darin Ausschnitte aus Filmen vor, von denen die allermeisten in den Jahren zwischen 1933 und 1945 entstanden waren. Was für Goebbels gut genug war, um die Menschen vom Kriegsgeschehen abzulenken, schien der SED ebenfalls geeignet, die Zuschauer zum ideologisch erwünschten Fernsehkanal zu locken.

In den sechziger Jahren warfen die Ostberliner Meinungsstrategen zunehmend Billigware aus westlichen Ländern in die mediale Schlacht. Eine Tabelle (S. 254) zeigt den Anteil der Ostblockproduktionen zwischen 1965 und 1968. Er liegt kontinuierlich bei etwa 63 bis 64 Prozent. Im Jahre 1968 fällt er auf 55,7 Prozent. Der Autor bemerkt richtig, daß verstärkt Fernsehserien aus Frankreich, Italien und Großbritannien gekauft wurden. So wurde das Fernsehpublikum mit einer schier endlosen Graf-von-Monte-Christo-Verfilmung aus Frankreich und einer Robin-Hood-Serie aus England beglückt.

Vor allem aber erklärt sich das Rätsel des steigenden Anteils westlicher Filme dadurch, daß die SED-Führung angesichts der Krise in der Tschechoslowakei die Zuschauer um jeden Preis vom Westfernsehen abhalten wollte. Am 21. August 1968, als die Panzer des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei einrollten, wurde das gesamte angekündigte Fernsehprogramm umgeworfen. Den ganzen Abend liefen Edgar-Wallace-Filme, englische Krimis, Liebesfilme und andere begehrte Kost. Zwischen den Filmen erschien unangekündigt Karl-Eduard von Schnitzler, um seine Kommentare zum Zeitgeschehen abzugeben. Diese Form der Programmgestaltung wurde mehrere Wochen beibehalten, bis sich im sozialistischen Bruderland die Lage wieder beruhigt hatte.

Der Kalte Krieg in den Medien bleibt auch künftig ein reiches Feld der Forschung. Der vorliegende Sammelband bietet einige Splitter zum Thema. Der theoretische Ballast, den die Autoren

brav wie im Oberseminar ausbreiten, verschleiert die Vorgänge allerdings oft mehr, als er zu dessen Erhellung beiträgt. Man merkt dem Band allzu deutlich an, daß er aus einem Workshop hervorgegangen ist: Jeder bietet die neuesten Produkte aus seiner Werkstatt. Einen roten Faden sollte man in solchen Konferenzbänden wohl nicht erwarten. Hier obwaltet eher der Grundsatz des Theaterdirektors aus dem zitierten Vorspiel zum Faust: „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen.“

*Stefan Wolle*

**Hirschinger, Frank: Fälschung und Instrumentalisierung antifaschistischer Biographien. Das Beispiel Halle/Saale 1945–2005. Berichte und Studien Nr. 53. Hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht unipress GmbH 2007, 175 Seiten, 22,90 €.**

Frank Hirschinger stellt sich in diesem Buch der heiklen Aufgabe, „antifaschistische“ Biographien und deren politische Instrumentalisierung vor Ort, konkret am Beispiel seines Wohnorts Halle, zu hinterfragen und aufzudecken. Er tut dies in einer überwiegend spannend geschriebenen Studie anhand von acht regional bekannten Altkommunisten bzw. KPD/SED-Funktionären. Bis auf einen sind sie verstorben, doch die Stilisierung und der Mißbrauch ihrer Biographien sind – so die Hauptthese Hirschingers – auch über das Ende der DDR hinaus mehr oder weniger wirksam. Der Verfasser hat in zentralen und regionalen Archiven in Sachsen-Anhalt wie auch in Stasi-Akten recherchiert; er zog regionale Zeitungs- und Zeitschriftenartikel sowie die einschlägige Sekundärliteratur heran, in einigen Fällen machte er selbst Befragungen. Das Buch wendet sich weniger an ein Fachpublikum als an eine breitere Leserschaft mit Interesse für die

politischen Verhältnisse in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus.

Hirschinger gliedert seine Untersuchung in fünf Kapitel. Einleitend umreißt er den Antifaschismus-Begriff der DDR und verweist auf den „antifaschistischen Gründungsmythos“, wie er vor allem in Gedenkstätten gepflegt und als Leitbild in Schulen vermittelt worden ist. Dazu gehörten als Vorbilder geehrte Antifaschisten. Anhand interner Mielke-Aussagen belegt Hirschinger, daß es selbst von höchster Stelle Anweisungen gab, Fakten und Dokumente „parteilich“ zu fälschen. Diese Fälschungen und Umdeutungen wurden teils posthum, teils mit Wissen und aktiver Mithilfe der „Kandidaten“ von bestimmten SED-Stellen initiiert.

In den folgenden Kapiteln werden die recherchierten Biographien präsentiert. Die Reihe eröffnet die von Jupp Gerats (geb. 1919). Der Fall des – trotz seines hohen Alters noch politisch aktiven Funktionärs als Vorsitzender des „Interessenverbands ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des NS-Regimes und Hinterbliebene“ (IVVdN) – steht im Mittelpunkt des Buches.

Am Fall der langjährigen (nichtjüdischen) Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde, Karin Mylius, wird deutlich, daß die SED – aus eigenem Interesse an Einblicken in das Gemeindeleben – sogar diese abenteuerlich gefälschte Antifa-Biographie jahrelang deckte. Der Fall Mylius spielte eine Sonderrolle und wurde noch zur DDR-Zeit öffentlich gemacht.

Des weiteren untersuchte Hirschinger sechs Biographien von „antifaschistischen Widerstandskämpfern“. Alle sind seit mehr als zwanzig Jahren tot, aber namentlich in Halle immer noch präsent. Bei seinen Recherchen hat Hirschinger überall Ungereimtheiten entdeckt. Ein Stadion und eine Straße in Halle haben –

so wird überliefert – Namensgeber, die 1944 und 1946 (!) im Kampf gegen „Faschisten“ starben (Kurt-Wabbel-Stadion, Martha-Brautzsch-Straße). Hirschinger fand Nachweise, daß es sich um nachträgliche Fälschungen aus den fünfziger Jahren handelt. Während der Umbenennungsaktionen der neunziger Jahre hatte auch Gerats als IVVdN-Vorsitzender die Beibehaltung der alten Namen unterstützt.

Die Namen von drei weiteren Altkommunisten, in deren Biographien Hirschinger Fälschungen und Halbwahrheiten entdeckte, stehen nach wie vor auf einem Gedenkstein zu Ehren „der Kämpfer für Frieden und Sozialismus“ auf dem Südfriedhof in Halle. Die Männer saßen zwar jahrelang in NS-Gefängnissen und KZs, doch wird ihre umstrittene Funktion als Kapos verschwiegen.

In Fall von Otto Kipp (1903–1978), konnte sich der Autor auf Recherchen Lutz Niethammers stützen. In dessen 1994 herausgegebener Quellenedition über die „roten Kapos von Buchenwald“ war auch Kipp stark belastet worden. Aus Antifa-Kreisen war Niethammer daraufhin als Mann „aus dem Lande der Globke und Kiesinger“ beschimpft worden. Hirschinger verweist auf eine 2002 herausgegebenen CD-Rom der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora, in der erneut behauptet wird, Ziel der „politischen Kampagne“ der Niethammer-Edition sei „die Abwicklung des Antifaschismus der DDR und die Demontage des Ansehens der Kommunisten“. Die umstrittene Funktion der Kapos wird in dieser CD positiv und als hilfreich für alle Häftlinge beurteilt.

Die wichtigste Biographie ist für den Autor die des Jupp Gerats. Gerats war bereits vor 1989 Vorsitzender des DDR-Antifa-Verbandes. 1990, nach Gründung des neuen Verbandes IVVdN, wurde er dessen Vorsitzender. Bei der Untersuchung der Gerats-Biographie recher-

chierte der Verfasser dessen frühere Widerstandsgeschichte (u.a. in der Emigration in den Niederlanden) und stellte Nachforschungen zu Gerats' späteren Aktivitäten in Halle an. Das Interesse des Autors an diesem Fall wurde nicht nur durch Quellenfunde, sondern auch durch das massive Vorgehen des 85-Jährigen in dem Konflikt um die „Torgauer Häftlingsurnen“ geweckt.

Gerats hatte sich in Interviews und bei öffentlichen Auftritten immer wieder moralische Autorität verschafft, indem er als antifaschistischer Widerstandskämpfer und dann auch als „Überlebender des Holocausts“ auftrat. So behauptete Gerats seit 1990 in Reden und Interviews, er habe in der Emigration Anne Frank in Amsterdam persönlich kennengelernt, was nach Hirschingers Recherchen nicht zutreffen kann. Er fand vielmehr heraus, daß Gerats Bruchstücke aus der Biographie seiner als Kommunistin verfolgten Mutter wie auch seines älteren Bruders, mit denen er 1934 emigriert war, fälschlich als eigene ausgegeben hat. In der SBZ/DDR habe Gerats, nach Entlastung als „West-Emigrant“, selbst an Säuberungsprozessen mitgewirkt und auch höhere Parteifunktionen innegehabt.

Nachdem 2004 erste Ungereimtheiten aus Gerats' Biographie in der Öffentlichkeit aufgetaucht waren, startete Gerats im Herbst 2004 nach dem Motto „Angriff ist die beste Verteidigung“ eine Kampagne, die über Halle hinaus hohe Wellen schlug: „Ehrung für verurteilte Kriegsverbrecher – Skandal in Halle“, hieß es Ende September 2004 in einer Presseerklärung des IVVdN. Gemeint war eine bereits ein Jahr zuvor neu angelegte Grabanlage auf dem Gertraudfriedhof in Halle für 117 entdeckte Urnen mit der Asche von Häftlingen des sowjetischen Militärgefängnisses in Torgau. Sie waren, verurteilt von sowjetischen Militärtribunalen (SMT), in den Jahren 1950 bis 1953 gestorben und spä-

ter anonym verscharrt worden. Hirschinger zeigt, dass es dem IVVdN-Vorsitzenden weniger um die Urnen als um die nachträgliche Rechtfertigung der SMT-Urteile ging. Denn diese hätten – so Gerats – „rechtstaatlichen Prinzipien“ entsprochen.

Der Konflikt weitete sich aus. Die DKP-Gruppe Halle-Merseburg und die Landtagsfraktion der PDS griffen mit eigenen Stellungnahmen ein. Unter diesem Druck ließ die SPD-Bürgermeisterin die kritisierte Informationstafel an der Grabanlage entfernen. Der „SPD-Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge der SBZ/DDR“ protestierte dagegen. Nach einer Fachtagung, organisiert vom „Verein Zeitgeschichte(n)“ in Halle, wurde die Infotafel wieder aufgestellt (vgl. hierzu die Dokumentation im Internet).

Mit dem akribisch dargestellten Verlauf dieses Konflikts um die Torgau-Urnen gelingt es Hirschinger, wenn auch mit formalen Schwächen, auf das Grundproblem hinzuweisen: Es gehe darum, nach dem Ende der DDR der Opfer beider Diktaturen angemessen zu gedenken und eine Konkurrenz zu vermeiden.

Im letzten Kapitel geht Hirschinger auf die Geschichtspolitik von Antifa-Verbänden und PDS ein. Er beschreibt den schwer nachvollziehbaren Prozeß der Neugründungen, Umbenennungen und Fusionierungen von Antifa-Verbänden seit 1989/90. Teils personell identisch (wie im Fall Gerats), teils zeitgemäß angepaßt (z.B. im Kampf gegen „Rechts“) und teils mit der Stasi verstrickt, wirken, so Hirschinger, diverse Antifa-Verbände heute im politischen Vorfeld der PDS. Sie seien nach wie vor am „antifaschistischen Gründungsmythos“ der DDR orientiert, verneinten SMT-Opfer und DDR-Unrecht, beanspruchten Mitwirkung und Deutungshoheit nicht nur bei Gedenkstätten. Daß es dabei für die alt gewordenen Antifa-Kämpfer auch um das Bewahren ihres



lange gehegten Selbstbildes geht, unterstütze die Instrumentalisierung. Leider verfolgt Hirschinger seine Hinweise auf Antifa-Jugendorganisationen nicht weiter. Seine Schlußthese, daß ein auf Lügen aufgebauter Antifaschismus keine Zukunft haben werde, setzt voraus, daß diese Täuschungen erkannt und öffentlich werden. Hirschingers Buch macht Mut zu weiteren zeitnahen Untersuchungen. Die Quellenlage in regionalen Archiven scheint dies zu ermöglichen. Trotz einiger Einschränkungen, zum Beispiel der zu kurz geratenen Darstellung des DDR-Antifaschismus, mitunter störender Wiederholungen und Zeitsprünge, bietet dieses Buch ein Stück Aufklärung über den wohl nicht nur in Halle in Schiefelage gekommenen aktuellen geschichtspolitischen Diskurs.

*Bärbel Gafert*

**Kowalczyk, Ilko-Sascha/Sello, Tom (Hrsg.): Für ein freies Land mit freien Menschen. Opposition und Widerstand in Biographien und Fotos. Berlin: Robert-Havemann-Gesellschaft 2006, 404 Seiten, 25 €.**

Einigen Fotos in diesem Sammelband sagen seine Herausgeber eine abenteuerliche Entstehungsgeschichte nach. Die Entstehungsgeschichte des Bandes selbst ist es nicht minder und markiert den unterschiedlichen Stand der Aufarbeitung widerständigen Handelns in den ehemaligen Ostblockstaaten. Am Anfang stand die Idee, ein Oppositionshandbuch für den gesamten früheren Ostblock herauszugeben. In Form von Überblicksartikeln und Biogrammen einzelner Oppositioneller sollte die politische Opposition über Ländergrenzen hinweg greifbar gemacht werden. Seit Jahren liegen die deutschen Beiträge für dieses Projekt vor – andere nicht. Die Robert-Havemann-Gesellschaft hat es übernommen, die deutschen Beiträge um weitere Artikel zu ergänzen und vorab herauszugeben.

Wer eine kleine „(Bild-)Geschichte“ der gesamten osteuropäischen Opposition sehen will, muß also weiterhin zum Beispiel in die Ausstellung der Gedenkstätte Kreisau nach Polen fahren.

Die Auswahl der im Buch Porträtierten (insgesamt 73, davon 11 Frauen) richtet sich nach Auskunft der Herausgeber nicht nur nach dem Forschungsstand und der Bedeutung der jeweiligen Person für die Widerstandsgeschichte, sondern „war maßgeblich auch davon abhängig, inwiefern den Herausgebern Fotomaterial über die zu Porträtierten und deren Umfeld bekannt war“. Es war den Herausgebern wichtig, „mittels Fotos und aussagekräftigen Dokumenten einen visuellen Einblick in Opposition und Widerstand zu öffnen“. Die Herausgeber haben neben Bildern aus Privatarchiven vor allem Fotos aus den Beständen der BStU und der Havemann-Gesellschaft als auch vieler anderer Archive verwendet. Diese breite fotografische Quellenlage hat trotzdem nicht dazu geführt, daß außer den „üblichen Verdächtigen“ auch einmal eher weniger bekannte Oppositionelle porträtiert werden.

Legt man für einen Vergleich beispielsweise das Lexikon *Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur* (2000) zugrunde, sind im vorliegenden Buch für die frühe Phase des Widerstands in der DDR neun im Lexikon nicht explizit Porträtierte aufgeführt. Für die siebziger bis achtziger Jahre sind immerhin dreizehn hinzugekommen. Die bei der Herausgabe des Lexikons kritisierte (oft übergroße) Nähe zwischen Autoren und Porträtiertem findet sich hier nicht. Regional steht (im Vergleich nach aktuellen Bundesländern) Berlin im Mittelpunkt mit insgesamt so vielen Porträtierten wie aus den nachfolgenden Ländern Thüringen und Sachsen zusammen. Das heutige Sachsen-Anhalt folgt mit zehn, während aus Mecklenburg-Vorpommern ganze vier Porträts vorliegen und aus Brandenburg gar keines. Hier wird eine

Schwäche des Lexikons fortgesetzt. An mangelndem Akten- und Bildmaterial über Oppositionelle in der „Provinz“ kann es nicht liegen. Es liegt eher an den subjektiven Kriterien der Herausgeber.

Werden den Biogrammen neben den Porträtfotos noch drei bis vier, die jeweilige Arbeit illustrierende Bilder beige-fügt, sind im Ergebnis dennoch Robert Havemann, Rainer Eppelmann, Bärbel Bohley oder Gerd Poppe mehr als doppelt so oft im gesamten Buch vertreten. Hier en passant neue Gesichter einzuführen oder weniger bekannte Vorgänge zu „bebildern“, wäre die interessantere Alternative gewesen. Die Herausgeber machten sich allerdings die Mühe, einige bisher kaum publizierte Bilder sinnvoll in den Text einzufügen. Man merkt den beiden Herausgebern an, der ostdeutschen Oppositionsgeschichte eine Bildsprache geben zu wollen. Dies ist insgesamt gelungen. Daß das Biogramm von Christian Dietrich ausschließlich Fotos aus den neunziger Jahren begleiten, stellt die oben erwähnten Auswahlgrundsätze der Herausgeber jedoch in Frage.

Die Untertitel der Bilder sind in der Regel aufschlußreich, teilweise aber auch irreführend oder redundant. Ein Foto, das mit großer Wahrscheinlichkeit das Mecklenburger „Mobile Friedensseminar“ um Markus Meckel und Martin Gutzeit 1986 zeigt, ist mit „Treffen des im Herbst 1982 gegründeten Friedenskreises Vipperow“ beschriftet. Es leuchtet auch nicht ein, warum zusammenhanglos neben zwei Bildern, die gänzlich anderes zeigen, erwähnt werden muß, daß sich für die Pressearbeit mit westlichen Medien Oppositionelle selbst porträtiert haben.

Die Biogramme stammen von verschiedenen Autoren. Dies birgt Risiken, denen sich die Herausgeber durchaus bewußt sind. Sie sehen (wohl in Kenntnis der Texte) die Gefahr der heroischen Überhöhung des Einzelnen und der ein-

zelnen Tat. Man kann den Autoren nicht vorwerfen, ihren Gegenstand zu wohlwollend darzustellen. Wenn man die Porträts jedoch nacheinander liest, befällt den Leser ein wenig „Ostalgie unter anderen Vorzeichen“. Eine Vielzahl an Autoren führt ungewollt auch zu einigen Redundanzen; sachliche Fehler sind dagegen aber selten.

Spätestens nach der Lektüre stellt sich dem Leser die Frage, für welches Publikum das Buch zusammengestellt wurde. Dem Fachmann ist es zu wenig wissenschaftlich, enthält es doch neben einigen interessanten Anekdoten zu wenig Neues. Es kann aber hervorragend als ergiebiges Nachschlagewerk genutzt werden. Experten und Laien bietet es vor allem manch gut geschriebenes Porträt zu verschiedenen Personen der jüngeren deutschen Geschichte.

Als sowohl stilistisch überragend und gleichzeitig sachlich treffend muß das Porträt von Ilko-Sascha Kowalczyk über Martin Gutzeit erwähnt werden.

Wer nach den Gemeinsamkeiten der Porträtierten fragt, wird nur schwerlich eine Antwort finden. Stefan Wolle schreibt über Reinhard Schult: „Im Grunde ging es nicht einmal um Politik im engen Sinne des Wortes, sondern um Verweigerung und Selbstachtung.“ Gerade als Geschichtensammlung über Wahrhaftigkeit und Selbstbehauptung läßt sich dieses Buch gut lesen. Die verschiedenen Interpretationen von Wahrhaftigkeit durch die Porträtierten selbst nach der Wende gehen sehr eigene Wege, was sich an den Lebensläufen nachlesen läßt.

Gerade auch (aber nicht nur) wegen der Nachwendezeit fehlen diesem Buch Porträts, zum Beispiel von der noch immer „querstehenden“ Erika Drees. Erst wenn die noch wenig „beforschten“ Bürgerrechtler angemessen in die Oppositionsgeschichtsschreibung aufgenommen werden, ist der „weitere Sinne des

Wortes Verweigerung und Selbstachtung“ für die DDR-Opposition hinreichend beschrieben. Einen Anfang macht das vorliegende Buch allemal.

*Christoph Wunnicke*

**Müller-Enbergs, Helmut/Wielgoß, Jan/Hoffmann, Dieter/Herbst, Andreas/Reimann, Olaf W. (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, 4. Ausgabe, 2 Bde. Berlin: Ch. Links Verlag 2006, 1 235 Seiten, 49,90 €.**

Wer Kai Pflaume ist, wissen Fernsehgucker einschlägiger Programme, wer er in der DDR war, steht jetzt in der vierten Ausgabe von *Wer war wer in der DDR?* Pflaume hat seinen Wehrdienst bei der NVA geleistet und ein Informatikstudium an der TU Magdeburg begonnen, ehe er im Sommer 1989 über Ungarn in den Westen floh. Danach lernte er in Frankfurt am Main den Beruf des Aktienhändlers und einiges mehr, bis er schließlich beim Kommerzfernsehen landete. Er gelte, heißt es im Lexikon, „insbesondere bei Jugendlichen als einer der beliebtesten deutschen TV-Moderatoren“. Als es mit der DDR zu Ende ging, haute Kai Pflaume also wie viele tausend andere DDR-Bürger ab. Zu einer gewissen Prominenz brachte er es erst später. Schön für ihn, aber was hat das in einem Lexikon ostdeutscher Biographien zu suchen?

Hat jeder, der in der DDR geboren wurde, eine Ostbiographie? Was bedeutet das für Personen, die bis 1961 aus der DDR geflüchtet sind? Die Herausgeber des Lexikons schreiben in ihrem Vorwort: „Die neue Ausgabe enthält erstmals auch Einträge zu Personen, die ihre Sozialisation vor der deutschen Vereinigung erfahren, d.h. den größten Teil ihrer Jugend in der DDR verbracht, aber erst nach 1990 die für die Aufnahme in dieses Handbuch vorausgesetzte Prominenz bzw. öffentliche Bedeutung erlangt

haben. Dabei haben wir uns auf Personen beschränkt, die vor dem Jahr 1970 geboren wurden.“ Beschränkt? Stefan Liebich, Jahrgang 1972, steht auch im neuen Lexikon. Er war 1989 an der Polytechnischen Oberschule und seit 1990 in der PDS. Von 2002 bis 2006 war er Vorsitzender der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und seitdem ist er deren stellvertretender Vorsitzender. Warum wird Liebich ins Lexikon aufgenommen und beispielweise Dr. Fritz Hähle, Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag von Sachsen, nicht? Warum steht der Parlamentarische Geschäftsführer der sächsischen SPD-Fraktion, Martin Dulig, ein gelernter Maurer, der später Erziehungswissenschaft studierte und ein Mitbegründer des Netzwerks für Demokratie und Courage war, nicht im Lexikon, dagegen als einziger Fraktionsführer aus dem sächsischen Landtag der PDS-Mann Peter Porsch? Der stammt aus Österreich und kam 1970 in die DDR. Warum also Liebich und Porsch von der PDS und Politiker demokratischer Parteien nicht? Vermutlich, weil bei den Herausgebern und Verfassern der Einträge sowohl PDS-Nähe als auch PDS-Fixierung noch zur unbewältigten Vergangenheit gehören.

Pflaume ist drin und ein erfolgreicher Regisseur wie Leander Haußmann nicht. Darüber könnte man freilich hinwegsehen, wenn das Werk nicht noch weitere Schwach- und Leerstellen aufwies, die angesichts der üppigen Förderung durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eigentlich in einem solchen Nachschlagewerk nicht vorkommen dürften. Der inzwischen erreichte Stand der biographischen Kenntnisse über Personen, die in der DDR eine Rolle spielten, müßte sich da doch schon deutlicher niederschlagen, als dies nun in der vierten Ausgabe geschehen ist. Dazu nur einige wenige Beispiele.

Vergeblich sucht man im Lexikon wichtige Personen aus Kreisen der DDR-

Hochfinanz. Nicht lexikonwürdig sind etwa der Chef der DDR-Außenhandelsbank Werner Polze, die stellvertretende Finanzministerin und Devisenexpertin Herta König, die gemeinsam mit Alexander Schalck jahrelang durch Spekulationsgeschäfte und andere Kunststücke auf den internationalen Devisenmärkten den Bankrott der DDR hinausgezögert haben. Vergeblich sucht man auch einen einflußreichen Funktionär wie Eberhard Fensch, der im Apparat des SED-Zentralkomitees für die Kontrolle und Anleitung des DDR-Fernsehens zuständig war. Nicht im Lexikon stehen der aus der DDR geflüchtete Fußballspieler und spätere Bundesliga-Trainer Falko Götz. Auch sein auf bis heute ungeklärte Weise ums Leben gekommener Vereinskamerad Lutz Eigendorf, den vermutlich die Stasi auf dem Gewissen hat, wurde einer lexikonreifen ostdeutschen Biographie für unwürdig befunden. Es fehlt Günter Litfin, das erste Mordopfer an der Berliner Mauer, erschossen am 24. August 1961. Es fehlt der letzte DDR-Bürger, an dem die 1987 abgeschaffte Todesstrafe vollstreckt wurde – der 1981 wegen geplanter Flucht in den Westen hingerichtete MfS-Offizier Dr. Werner Teske.

Andere Biographien, über die zumindest der in der BIRTHLER-Behörde beschäftigte Herausgeber Müller-Enbergs bestens im Bilde sein könnte, sind unvollständig. Walter Heinitz etwa wird als „Hauptabteilungsleiter im MfS“ vorgestellt, der 1973 entlassen worden sei und dann als hauptamtlicher Parteisekretär in einem Dresdener Feierabendheim tätig war. Tatsächlich hatte Heinitz im MfS den Rang eines stellvertretenden MfS-Ministers inne. Er wurde auch nicht einfach entlassen, sondern wegen moralischer Verfehlungen verhaftet und unehrenhaft aus dem Dienst entfernt.

Bei zahlreichen im Lexikon vertretenen Personen, die jahrelang in wichtiger Position als Spitzel für das MfS gearbeitet

haben, wird dies nicht erwähnt. So etwa bei dem Toxikologen und Vizepräsidenten der Urania, Karlheinz Lohs, Mitglied der SED-SPD-Arbeitsgruppe für eine chemiewaffenfreie Zone und Vertreter der DDR im Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI. Verschwiegen wird auch die IM-Tätigkeit des Leiters der DDR-Delegation bei der UNO-Menschenrechtskommission, Hermann Klenner. Das ehemalige NSDAP-Mitglied mußte aus dieser UNO-Kommission nach antiisraelischen Tiraden zurückgezogen werden, da der Vertreter Israels in diesem Gremium daraufhin Klenners kurze NSDAP-Mitgliedschaft (seit 1944) publik machte.

Beim Vizepräsidenten der Nationalen Front der DDR, Gerhard Dengler, beginnt die nationalsozialistische Karriere laut *Wer-war-wer-in-der-DDR-Lexikon* erst 1937 mit dem NSDAP-Beitritt. Auch der Beginn seiner SA-Mitgliedschaft wird auf 1937 verlegt. Tatsächlich gehörte Dengler vor Hitlers Machtergreifung dem Stahlhelmbund an und wurde 1934 mit dieser Organisation in die SA übernommen, drei Jahre bevor er 1937 NSDAP-Mitglied wurde.

Einer, der die NS-Geschichte je nach SED-Linie interpretierte, kommt im Lexikon besonders gut weg. Über den DDR-Historiker Kurt Finker, der jahrelang als Spitzel der HV A zu Verwandten der Verschwörer des 20. Juli 1944 in den Westen reiste, um sich unter dem Vorwand der Widerstandsforschung an sie heranzumachen und an Interna aus westlichen Institutionen und Parteien heranzukommen, heißt es im Lexikon: „Insbesondere mit seinen Arbeiten über den deutschen Widerstand trug er dazu bei, das einseitige Bild in der DDR zu differenzieren.“ Tatsächlich vertrat Finker seine „differenzierte“ Position in völliger Übereinstimmung mit der SED. Die benötigte nämlich in den achtziger Jahren eine historische Analogie zur „Koalition der Vernunft“ mit der Kohl-

Regierung. Da mußten dann in Finkers historischen Interpretationshilfen die Männer des 20. Juli als Vorläufer der Vernunftskoalition zwischen Kommunisten und Bürgerlichen herhalten.

Es ist wirklich schade, daß die Chance zu einer ordentlichen Überarbeitung mit der Herausgabe der vierten Ausgabe des biographischen DDR-Lexikons vertan worden ist. Das Lexikon entstand bald nach dem Ende des SED-Regimes in den frühen neunziger Jahren und war ein wichtiges Hilfsmittel für die zeithistorische Auseinandersetzung mit der SED- und DDR-Geschichte. Die aus der Eile des Anfangs und den damaligen Forschungsdefiziten zu entschuldigenden Läßlichkeiten sind heute für ein solches Werk inakzeptabel. Wer wissen will, wer wer wirklich war in der DDR, sollte eigentlich in einem Lexikon, das immerhin auch nicht gerade billig ist, besser bedient werden. Dann könnte sogar noch Kai Pflaume als Errungenschaft der DDR durchgehen.

*Jochen Staadt*

**Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H. u.a. (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2006. Berlin: Aufbau Verlag 2006, 480 Seiten, 38 €.**

Das renommierte Periodikum zur internationalen Kommunismusforschung widmet sich in seiner 13. Ausgabe zwei großen, miteinander verwobenen Themenkomplexen. Der erste Schwerpunkt erinnert an den fünfzigsten Jahrestag des XX. Parteitags der KPdSU sowie an die polnische Krise und die ungarische Revolution von 1956. Außerdem reflektiert der Berliner Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk hier die ambivalenten internationalen Geschehnisse in diesem Jahr und ihren Widerhall in der DDR. Neue Erkenntnisse über die Entstehungsgeschichte der Geheimrede Nikita Chruschtschows „Über den Personen-

kult“ vermitteln zwei Sitzungsprotokolle des KPdSU-Präsidiums von Anfang 1956. Sie verdeutlichen, wie sich die Mittäter im obersten Parteigremium aus der Verantwortung für die begangenen Verbrechen verabschiedeten und mit diesen ausschließlich Stalin belasteten. Besonders irritierend ist dabei der Versuch, die oberste NKWD-Führung reinzuwaschen. So bemerkte Chruschtschow zum ehemaligen Volkskommissar Nikolai Jeschow: „[...] hat wahrscheinlich keine Schuld“. Dessen Amtsvorgänger Genrich Jagoda charakterisierte er in diesem Zusammenhang als sauberen Menschen.

Der siebzigste Jahrestag des Moskauer Schauprozesses von 1936 lieferte den Anlaß für die inhaltliche Rahmensetzung des zweiten Schwerpunktes im Jahrbuch. Vier ausgewiesene Wissenschaftler analysieren hier die Triebkräfte und die Auswirkungen der kommunistischen Massenverfolgungen in der sowjetischen Gesellschaft. Wichtige Akzente setzt in seinem bilanzierenden Beitrag über den Stellenwert des „Großen Terrors“ Nikolas Werth aus Frankreich. Ausdrücklich weist er darauf hin, daß die Geheimrede Chruschtschows das Wesen und das wirkliche Ausmaß der vom sowjetischen Staat ausgehenden Gewaltexzesse in den Jahren 1937/38 bewußt verschleiert und die Opfer aus den Reihen der Partei-, Staats- und Militärführung in den Vordergrund gestellt hat. Erst nach dem Zerfall der UdSSR und der Öffnung diverser Archivbestände konnte klar herausgearbeitet werden, daß sich die gigantischen „Säuberungswellen“ in erster Linie gegen „konterrevolutionäre und sozial gefährliche Elemente“ in Stadt und Land sowie gegen nationale Minderheiten („nationale Operationen“) gerichtet haben. Auch radikale Gesetze aus den Jahren 1940 und 1947, die unter anderem einfache Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin, Produktion von Ausschuß und kleine Diebstähle – die oft aus ver-

zweifelten Notsituationen heraus begangen wurden – mit drastischen Langzeitstrafen ahndeten, kamen hauptsächlich gegen einfache und unpolitische Bevölkerungsschichten zur Anwendung. Als Stalin im März 1953 starb, machte diese Personengruppe fast die Hälfte der 2 526 000 Insassen des Gulag-Systems aus.

Weitere Artikel des Bandes, die der Rubrik „Abhandlungen“ zugeordnet sind, beschäftigen sich mit den Ursprüngen des Kalten Krieges 1945 bis 1947, mit Aspekten aus der KPD-Geschichte in den Jahren 1921/22 und der aktuellen Rosa-Luxemburg-Forschung in Rußland und China. Erhard Neubert beschreibt an dieser Stelle isolierte, unbekannte und verkannte Widerstandsaktionen gegen das SED-Regime und versucht, diese Aktivitäten in der Oppositions- und Repressionsgeschichte der DDR zu verorten. Der Autor unterliegt dabei jedoch dem gleichen Irrtum wie das Ministerium für Staatssicherheit, wenn er alle Formen von Unmutsbekundungen der Bevölkerung als bewußtes konfrontatives und politisches Agieren interpretiert.

Der Darstellungsteil des Jahrbuchs, welcher zum ersten Mal Fotos enthält, wird mit einigen bemerkenswerten biographischen Skizzen und Porträts abgeschlossen. Mit großem Interesse werden die Leser wahrscheinlich den Artikel von Hermann Weber über Harry Schmitt, den ehemaligen Leiter der geheimen Militärorganisation der Deutschen Kommunistischen Partei, lesen. Der Rezensent selbst befragte diesen orthodoxen Parteikader Anfang der neunziger Jahre über seine Jugenderlebnisse in der Sowjetunion und sah in ihm – ohne damals zu ahnen, wer in Wirklichkeit vor ihm saß – ein „Opfer der Stalinismus“, welches unschuldig in die Fänge des NKWD geraten war. Auf seine Kampferfahrungen ab 1941 in der Roten Armee angesprochen, verweigerte Schmitt allerdings die Auskunft und verwies darauf, daß er sich

noch immer an den geleisteten Eid gebunden fühle. Gleichzeitig deutete er jedoch an, daß er während des „Vaterländischen Krieges“ erneut mit Kurt Torgler, Sohn des ehemaligen Vorsitzenden der KPD-Fraktion im Reichstag Ernst Torgler, den er bereits aus seiner Moskauer Zeit kannte, zusammentraf. Dieser fiel als Dolmetscher der Geheimen Feldpolizei bei der Partisanenbekämpfung 1943. Die Ausführungen von George Hermann Hodos über den jugoslawischen Funktionär und Tito-Agenten Lazar Brankov enthalten leider eine von der internationalen Forschung seit langem widerlegte Legende. So behauptet der Autor erneut ohne einen konkreten Quellenbeleg, Lawrentij Berija hätte „auf Stalins Weisung die Konturen eines öffentlichen Schauprozesses in Ungarn mit Rajk als Hauptangeklagten ausgearbeitet“. Außerdem wird in der Abhandlung an einigen Stellen offenbar das sowjetische Innenministerium mit dem Ministerium für Staatssicherheit verwechselt.

Von den im Jahrbuch aufgenommenen Sammelrezensionen soll explizit der ausführliche und kritische Überblick Wladislaw Hedelers über die aktuelle Gulag-Literatur in Rußland hervorgehoben werden. Hilfreich und unterstützend für Forscher und andere Interessierte sind außerdem die 19. Folge des *International Newsletter of Communist Studies* und ein Gesamtverzeichnis der seit 1993 erschienenen zwölf Jahrbücher.

Peter Erler

**Jentsch, Harald: Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923. Rostock: Ingo Koch Verlag 2005, 617 Seiten, 32 €.**

Bei diesem Buch handelt es sich um die leicht gekürzte und aktualisierte Fassung einer Dissertation, mit der Harald Jentsch im September 2004 an der Technischen Universität Darmstadt promoviert hat. Die Liste der Danksagungen eröffnen Klaus Kinner und Fjodor Fink, die ihn während seines Studiums an der Karl-Marx-Universität Leipzig zu diesem Thema hinführten.

Der Autor hat unter anderem Aktenbestände der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO), des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Dresden und des Russischen Zentrums zur Aufbewahrung und zum Studium der Dokumente der neuesten Geschichte, Moskau (RCChIDNI) ausgewertet. Zu den 617 Seiten dieses Werkes gehört ein Anmerkungsapparat im Umfang von 130 Seiten, der gerade noch mit bloßem Auge zu lesen ist, die Nummern der Anmerkungen nur mit der Lupe. Der Anhang enthält auf 66 Seiten 223 Kurzbiographien.

Im dritten Kapitel dieses Buches gibt Jentsch einen Überblick über die Entwicklung der KPD von der Jahreswende 1918/19 bis zum Frühjahr 1923. Dem schließt sich im vierten Kapitel die Darstellung der Ereignisse bis Anfang Oktober 1923 an, im fünften Kapitel der Aufstandsplan und sein Umsetzungsversuch, die Arbeiterregierung in Sachsen und der Hamburger Aufstand. Kapitel sechs und sieben (222 Seiten) behandeln die Auseinandersetzungen um den „Deutschen Oktober“ bis zum V. Weltkongreß der Komintern. Die zentralen Bereiche der Politik der Partei, proletarische Einheitsfronttaktik und ihre Organe, einschließlich der Vorbereitung eines Bürgerkrieges, „Ruhrkampf“ und „Schlageter-Taktik“ werden nicht zusammenfassend dargestellt. Das zweite

Kapitel, „Deutschland 1923 – ein Überblick“, isoliert das Geschehen, vor allem die Handlungen der Regierung, von der Entwicklung der KPD, insbesondere den Vorbereitungen auf den „Deutschen Oktober“. Auf diese Weise kann nicht herauskommen, daß Deutschland keine „Kerenski-Regierung“ hatte und daß die Reichsregierung und die preußische Staatsregierung zu jeder Zeit handlungsbereit waren, wenn es darum ging, der revolutionären Gefahr zu begegnen.

Der Umfang dieses Buches ist so voluminös, weil der Verfasser umfassend aus den Protokollen von Gremien der KPD und des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationalen (EKKI) referiert, aus dem Schriftwechsel mit der deutschen Delegation beim EKKI und anderen in Moskau anwesenden Funktionären der KPD und Mitgliedern des Präsidiums des EKKI. Er liefert viele interessante Details, aber keine sensationellen Erkenntnisse. Bei der Darstellung der Moskauer Beratungen in den Monaten August bis Oktober 1923 konnte Jentsch neben den Akten des RCChIDNI das unveröffentlichte Manuskript „Deutschland 1923. Das Scheitern der Revolution oder des kommunistischen Putsches“ von Leonid Babitschenko (1993) auswerten. Trotzdem sind ihm einige „Perlen“ entgangen: Trotzki und Sinowjew, Rivalen um die Nachfolge Lenins, wollten nach Deutschland reisen, um den Aufstand zu leiten; die Deutschen wollten nur Trotzki. Dessen Äußerungen bei den Beratungen von Vertretern der KPR mit Vertretern der KPD, der KP Frankreichs und der KP der Tschechoslowakei am 21. und 25. September 1923 bestätigen die gegenüber Walcher und Enderle gemachte Ankündigung (Wenzel in seiner Dissertation 1955) über den Einmarsch der Roten Armee. Und schließlich das rätselhafte Verhalten Trotzkis, der die Pläne des von ihm nach Deutschland geschickten Divisionskommandeurs Waldemar

Rose im Politbüro der KPR kritisierte (ähnlich gegenüber Wollenberg im Frühjahr 1924), ohne ihn durch einen besseren Militärexperten zu ersetzen oder ihm fähigere Mitarbeiter zur Seite zu stellen.

Jentsch widerspricht der These des Rezensenten (1923 – Die gescheiterte „Deutsche Oktoberrevolution“, Münster 2003), daß der „Deutsche Oktober“ ein von der russischen Partei- und Staatsführung vorbereiteter Revolutionsversuch gewesen sei. Er begründet das damit, daß die russischen Führer alle auf einen Aufstand in Deutschland zielenden Beschlüsse dokumentieren konnten, was den deutschen nicht möglich war. Die Berichte des Militärischen Leiters bei der Zentrale der KPD, Rose, und die Dokumente der Roten Armee Thüringen widerlegen das. Alexander Watlin (Die Komintern 1919–1923, Mainz 1993) stützt die These des Rezensenten: „Die Dokumente aus dem vor kurzem erschlossenen Komintern-Archiv in Moskau beweisen eindeutig, daß der ‚Deutsche Oktober‘ vor allem die Idee der Spitze der KPdSU war, die nach der Erkrankung W. I. Lenins ihre Position durch weltrevolutionäre Aktionen festigen wollte.“ Spitzenfunktionäre der KPD wurden zu den entscheidenden Sitzungen des Politbüros der KPR nicht hinzugezogen, was lediglich Trotzki bemängelte. Sie sollten durch Sinowjew informiert werden. Dieser hatte einen Wutausbruch, als Brandler Einspruch gegen den sofortigen Eintritt in die sächsische Landesregierung, die Bewaffnung von 50 000 bis 60 000 Arbeitern und das „Ignorieren“ des Reichswehrgenerals Müller erhob. Der KPD-Vorsitzende hat schließlich nachgegeben, was er auf dem V. Weltkongreß als einen seiner „größten Fehler“ bezeichnete. Die Führung der KPD wollte die Macht erobern, die Proletarische Einheitsfronttaktik und ihre Organe (Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte, Proletarische Hundertschaften und Kontrollausschüsse)

sowie die Nationale Einheitsfronttaktik sollten zu diesem Ziel führen. Der Bürgerkrieg wurde seit dem Eintreffen Roses (Dezember 1922) vorbereitet. Aber es gab keinen originären deutschen Aufstandsplan.

Trotz des voluminösen Umfangs dieses Werkes fehlt Wichtiges: Sinowjews achtteilige Serie „Probleme der deutschen Revolution“ (in Inprekorr) und ergänzende Artikel Radeks, die euphorischen Aussprachen in den Sitzungen des Politbüros der KPR (einzige Ausnahme: Rykow) über die bevorstehende Revolution in Deutschland, der Stalin-Brief in der *Roten Fahne* vom 10. Oktober 1923 und das militärische und politische Umfeld der Aufstandsvorbereitungen. Auch von der Broschüre „Vom Bürgerkrieg“ und der Bürgerkriegsdiskussion in der *Roten Fahne*, die durch Hans von Hentig in dem Artikel „Arbeiter und Soldat“ am 21. August 1923 eröffnet wurde, ist nirgends die Rede.

Die Sympathien des Autors liegen bei den „Rechten“ der damaligen Führung der KPD. August Thalheimer, über dessen politische Theorie er 1993 ein Buch vorlegte, wird an mehreren Stellen gewürdigt. Die Führerin der „Linken“, Ruth Fischer, charakterisiert er mit ihrem „unmoralischen Angebot“ an Sinowjew (Schreiben vom 17. November 1923), in dem sie sich bereit erklärte, öffentlich zu erklären, daß die Zentrale der KPD mit der Instrumentalisierung des sächsischen Staatsapparats zur Vorbereitung des Aufstandes gegen die in Moskau gefällte Entscheidung verstoßen habe – obwohl sie als Teilnehmerin an den Moskauer Beratungen wußte, daß das Gegenteil richtig war.

Jentsch kritisiert die in der Literatur (von Arthur Rosenberg und Julius Braunthal) vertretene These, daß eine siegreiche Revolution im Sommer 1923 möglich gewesen wäre, und zitiert eine Äußerung Ernest Mandels aus dem Jahre 1991, der die „erwürgten revolutionären Möglich-



keiten von 1920 und 1923“ sogar den „größten Wendepunkt der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts“ nannte. Er verweist darauf, daß in Deutschland 1923 – im Gegensatz zu Rußland 1917 – die gesellschaftlichen Strukturen intakt waren und die Reichsregierung über funktionierende Behörden und Exekutivorgane verfügte.

Der Autor verzichtet darauf, Äußerungen russischer Spitzenfunktionäre zu zitieren (insbesondere die von Sinowjew auf der XIII. Parteikonferenz der KPR), die belegen, daß die russische Führung an den Erfolg dieses dilettantischen Aufstandsplans geglaubt hat.

Jentsch zieht in seinem Buch, das sehr verdienstvoll umfangreiches Quellenmaterial auswertet, das Resümee, daß sich der „eigentliche ‚Deutsche Oktober‘“ auf die vierzehn Tage vom 12. bis 25. Oktober 1923 erstreckte, vom Eintritt dreier Spitzenfunktionäre der KPD in die von Erich Zeigner (SPD) geführte sächsische Landesregierung bis hin zur Beendigung der Kämpfe in Hamburg. Den „Deutschen Oktober“ der Literatur über das Jahr 1923 hinaus bezeichnet er „weniger als eine Früh- oder gar Totgeburt, sondern eher als eine ‚Scheinschwangerschaft‘“. Eine überaus originelle Aussage, auch wenn man ihr nicht zustimmt.

*Otto Wenzel*

**Siedentopf, Monika: Absprung über Feindesland. Agentinnen im Zweiten Weltkrieg. München: dtv 2006, 199 Seiten, 14,50 €.**

Über kommunistische Fallschirmagenten, die seit 1941 von sowjetischen Fliegern als Untergrundkämpfer über deutschem Gebiet abgesetzt wurden, gibt es bereits mehrere Studien. Monika Siedentopf widmet sich einem Pendant auf westlicher Seite und untersucht anhand britischer Geheimdienstakten den Einsatz von Untergrundkämpferinnen im

besetzten Frankreich. Das Buch über die Agentinnen der Länderabteilung Frankreich (Sektion F) der britischen Geheimdienstorganisation Special Operations Executive (SOE) beginnt mit der Darstellung eines nächtlichen Fallschirmabsprungs zweier Agentinnen über dem besetzten Frankreich im September 1942. Eine von ihnen ist die 22jährige Andrée Borrel. Sie war die erste Frau, die von SOE angeworben wurde, um Kontakte zur Résistance herzustellen und mit deren Hilfe Mitarbeiter für einen neuen Agentenring anzuwerben. Borrel schulte die Helfer im Gebrauch von Sprengstoff und organisierte Waffenlieferungen, die mit Flugzeugen von England nach Frankreich gebracht wurden.

Angesichts der Befürchtung, die deutschen Truppen könnten nach der Kapitulation Frankreichs nun auch noch das britische Inselreich angreifen, gab Premierminister Winston Churchill im Sommer 1940 den Befehl zum Ausbau der SOE. Das britische Kabinett hatte wenige Tage zuvor Churchills Plan zugestimmt, Agenten in die Kriegsführung einzubeziehen. Die SOE-Agenten sollten den Kampf dort weiterführen, wo die militärischen Truppen bereits kapituliert hatten. Churchill, der nicht nur verteidigen, sondern zurückschlagen und die Deutschen direkt auf dem Kontinent angreifen wollte, plante eine Landungsoperation an der atlantischen Küste. Bis es soweit war, kamen die Agenten der SOE zum Einsatz, die für den Untergrundkampf und Angriffe aus dem Hinterhalt ausgebildet waren. Churchill soll ihnen angeblich den Auftrag gegeben haben: „Und nun steckt Europa in Brand!“ Angesichts der Unmöglichkeit, im jeweils besetzten Land reguläre militärische Einheiten zu formieren, schufen sich die britischen Dienste ab September 1940 zahlreiche Außenstellen. Das größte Dienststellennetz war das in Frankreich mit zweitausend Mitarbeitern. Die Länderabteilung Frankreich der SOE – die

Sektion F – schleuste bis zum Kriegsende über vierhundert Agenten nach Frankreich ein, darunter 39 Frauen.

Monika Siedentopf wendet sich in ihrer Darstellung den Frauen zu, die an dieser geheimen Mission beteiligt waren. Leider kommt sie über die Schilderung der gefährlichen Einsätze meist nicht hinaus. Die Grundlage der Untersuchung waren die Archivalien über die SOE im britischen Nationalarchiv Public Record Office. Die Originalakten über die Aktionen der SOE sind, so die Autorin, erst seit einigen Jahren zugänglich; die Personalakten von einzelnen Agentinnen mit Zugangssperren belegt. Es bestätigte sich die unterschiedlichste gesellschaftliche Herkunft der Frauen. Einige von ihnen waren verheiratet und hatten Kinder, andere waren geschieden oder verwitwet, viele noch ledig. Die Frauen mußten keine britischen Staatsbürgerinnen sein. Viel wichtiger waren perfekte Französisch- und Frankreichkenntnisse. Die Agentinnen absolvierten ein dreistufiges Training mit Grundausbildung, Kampftechnik und Spezialausbildung. Mehrere Wochen lang durchliefen sie die härtesten Armeeübungen mit Nachtmärschen in Kälte und Regen und Fallschirmspringen aus niedriger Höhe. Erst danach sollte entschieden werden, ob sie wirklich bereit und fähig seien, in den Krieg zu ziehen. Die Frauen sollten in dem Trainingslager das „unauffällige“ Untertauchen in einem von Feinden besetzten Land und das Abschütteln von Verfolgern üben sowie lernen, eine falsche Identität aufrechtzuerhalten und im Falle einer Festnahme durch die Gestapo bei Verhören nichts zu verraten. In Siedentopfs Studie bleibt offen, ob alle 39 Frauen, wie vorgesehen, das Ausbildungsprogramm „zufriedenstellend“ absolvierten. Die Autorin deutet an, daß über die eine oder andere strenge Vorgabe in begründeten Ausnahmefällen hinweggesehen wurde. Ob dies im Kampfeinsatz Folgen hatte, darüber wird nur

spekuliert. So kam die Französin Odette Sansom trotz „einer etwas zurückhaltenden Beurteilung“ im Oktober 1942 als SOE-Agentin zum Einsatz. Und der in Paris geborenen Vera Leigh bescheinigte ein Ausbilder „Probleme mit dem Lesen von Landkarten“; als „bester Schütze“ ihrer Ausbildungsgruppe war sie jedoch für die gewagten Kurierreisen im besetzten Paris unentbehrlich.

Vor dem Einsatz von Frauen im besetzten Frankreich mußte die britische Regierung, so die Autorin, ein entscheidendes Hindernis überwinden. In Frankreich war es nicht erlaubt, Frauen als Soldaten der französischen Armee einzusetzen. So bediente sich SOE eines Hilfsmittels. Alle Frauen bekamen den Mitgliederstatus des weiblichen militärischen Hilfskorps FANY (First Aid Nursing Yeomanry) verliehen. FANY-Frauen leisteten während des Krieges vor allem Krankenpflegedienste, trugen Uniformen und führten militärische Dienstränge. Die Verleihung von Offiziersrängen an alle SOE-Agentinnen sollte ihnen im Fall ihrer Festnahme den Status von Kriegsgefangenen nach dem Völkerrecht sichern. Offenbar aber rettete diese Formalität keiner verhafteten SOE-Agentin das Leben. Die Deutschen interessierten sich wenig für völkerrechtliche Fragen. Mit entdeckten SOE-Agenten wurde meist kurzer Prozeß gemacht.

Hauptaufgabe der Agentinnen von SOE zwischen 1940 und 1944 war es, die Kommunikation zwischen den verschiedenen Agentenringen, den französischen Widerstandskämpfern und der Londoner Zentrale der Sektion F aufrechtzuerhalten. Durch ihren direkten Funkkontakt mit der britischen Geheimdienstorganisation gelangte eine Fülle von Informationen der Résistance-Mitglieder über die Lokalisation von Benzinfabriken oder militärische Standorte der deutschen Truppen nach London. Diese Informationen spielten eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung auf den D-Day. Anfangs

wurden die Frauen in heimlichen Fallschirmspringertransporten von England nach Frankreich gebracht. Ab März 1943 setzte SOE einmotorige Flugzeuge für die Agententransporte ein, um zeitgleich Agenten aus Frankreich herauszuholen. Mitglieder der Résistance, das sogenannte „Empfangskomitee“, erwarteten die Fallschirmspringerinnen bei ihrer Landung.

Für die Autorin stellte sich die Frage: „Was veranlaßte diese Frauen, ihr sicheres Leben aufzugeben und im besetzten Frankreich den Widerstand gegen die Nazis zu unterstützen?“ Ob Anfang der vierziger Jahre allerdings von einem „sicheren Leben“ gesprochen werden kann, ist fraglich. Siedentopf selbst erwähnt, daß die Mehrzahl der späteren SOE-Agentinnen nach dem Einmarsch der deutschen Truppen aus ihrer Heimat fliehen mußte. Unter Lebensgefahr begaben sie sich mit ihren französischen Landsleuten auf die Flucht nach England – insofern ist der Titel *Absprung über Feindesland* nicht ganz zutreffend, denn für viele Frauen war Frankreich Heimat.

Für ihre freiwilligen Missionen im besetzten Frankreich erschließt sich der Autorin neben persönlichen Gründen ein zentrales Motiv. Die „Kapitulation der französischen Armee und der Einmarsch der deutschen Besatzer“ wurde für die meisten zum „Schlüsselerlebnis“. Angesichts der engen familiären oder beruflichen Bindungen nach Frankreich erscheinen die Beweggründe der Frauen, „die Niederlage ihres Vaterlandes [nicht] widerstandslos zu akzeptieren“, durchaus nachvollziehbar. Mit Beginn des Krieges wurden „ihre Lebenspläne umgestoßen“, sie mußten den Verlust von Ehemännern und nahen Angehörigen erleiden. Dafür wollten sie sich „an den verhaßten Deutschen rächen“.

Ein entscheidender Grund für den geheimen Kriegseinsatz der Frauen war laut Siedentopf das „hervorragende“ Organisationstalent der ausgesuchten

Agentinnen. Yvonne Rudellat beispielsweise, die erste Frau, die die SOE“ als Agentin ins besetzte Frankreich schickte, war einem SOE-Offizier zuvor als „tüchtige Managerin“ aufgefallen. Als Mutter zweier Töchter leitete sie in London ein kleines Hotel. Wie alle seine Agentinnen stattete die SOE Yvonne Rudellat am frühen Morgen ihres „Abreisetages“ in einer Londoner Wohnung mit Kleidung, Schuhen und Accessoires nach französischer Art aus. Ihr Portemonnaie durfte nur französisches Geld enthalten. Als „Jacqueline Gauthier“ reiste sie nach Tours. Dort sollte sie Kontakt mit anderen Agenten der Sektion F aufnehmen, gemeinsam mit ihnen einen neuen Agentenring im Norden Frankreichs aufbauen sowie das „Empfangskomitee“ für neu ankommende SOE-Agenten organisieren. Unter den in Frankreich eingesetzten Funkerinnen war auch eine indische Fürstentochter. Noor Inayat Khans Lebensgeschichte ist in England in zahllosen Artikeln und Büchern bekannt geworden. An die Londoner SOE übersandte sie als „Madeleine“ Informationen über Verhaftungen und die Agenten, die den Deutschen entkommen konnten. Um die hübsche Funkerin rankten sich nach Siedentopf zahlreiche Geschichten. Und auch Siedentopf kann sich diesen kaum entziehen. Sie schreibt: „So soll sie einmal geradezu stählerne Nerven bewiesen haben, als sie außerhalb ihres kleinen gemieteten Zimmers in einem Wohnblock in Neuilly-sur-Seine versuchte, ihre Funkantenne an einem Baum zu befestigen. Einem vorübergehenden deutschen Offizier soll sie weisgemacht haben, es handele sich um ihre Wäscheleine. Dabei soll sie so überzeugend gewirkt haben, daß er ihr nicht nur glaubte, sondern ihr sogar half, die Antenne über einen hohen Ast zu hängen.“

England würdigte nach Kriegsende die britische Geheimdienstorganisation Special Operations Executive. Alle Agenten wurden wie Soldaten geehrt, sie erhiel-

ten Medaillen und Orden für ihre Tapferkeit. In der französischen Kleinstadt Valencay erinnert seit 1991 ein Denkmal an die SOE-Agenten, die für die Befreiung Frankreichs ihr Leben ließen. Von 39 Agentinnen kamen dreizehn ums Leben. Einige von ihnen fielen männlichen Verrätern aus den eigenen Reihen zum Opfer. Nach ihrer Verhaftung durch die Gestapo kamen sie in deutschen Konzentrationslagern zu Tode. Das Buch von Monika Siedentopf behandelt einen seinerzeit ungewöhnlichen und bis heute kaum bekannten Aspekt der britischen Kriegführung, der heute zur Normalität vieler moderner Armeen gehört: kämpfende Frauen. Sie sind nämlich in den Kriegen unserer Zeit längst keine Ausnahmeerscheinungen mehr.

*Angela Schmole*

**Oehlsen, Sven Olaf: Vertriebenenlager in Brandenburg 1945–1953. Potsdam: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) 2006.**

Der Autor des schmalen Bandes, selbst Diplom-Archivar am Universitätsarchiv der Technischen Universität Berlin, entdeckte im Bundesarchiv (BArch), Außenstelle Lichterfelde, und im Brandenburgischen Landeshauptarchiv (BLHA) Quellen der Besatzungsorgane und der nachgeordneten Stellen zu Vertriebenenlagern in Brandenburg. (Oehlsen verwendet bewußt den Begriff „Vertriebene“, nicht die für den Sprachgebrauch in der SBZ/DDR offiziell verordnete und beschönigende Bezeichnung „Umsiedler“.) Absicht des Verfassers ist es, „das System der Vertriebenenlager“ in der Provinz Mark Brandenburg (seit 1947 Land Brandenburg) von 1945 bis 1953 darzustellen und exemplarisch das große Lager in Fürstenwalde zu betrachten. Oehlsen weist darauf hin, daß die Überlieferung lückenhaft ist und die Sicht der sowjetischen Besatzungsorgane und der von ihnen eingesetzten deutschen Be-

hörden wiedergibt. Die Darstellung wird durch kurze Kapitel zur sozialen und wirtschaftlichen Eingliederung der Vertriebenen sowie durch den Erfahrungsbericht einer heute 86-jährigen Zeitzeugin zur Vertreibung – leider nicht aus dem Lager Fürstenwalde – abgerundet. Bisher unbekannte Fotos, einige ganzseitige Dokumente und über zwanzig Tabellen illustrieren und ergänzen den Text.

Einleitend skizziert Oehlsen – basierend auf Veröffentlichungen des Magdeburger Historikers Manfred Wille – in kurzen Kapiteln Flucht und Vertreibung, die Sowjetische Militäradministration (SMAD) sowie die Zentralverwaltung für Umsiedler (ZVU), die im September 1945 unter dem Druck der katastrophalen Verhältnisse per SMAD-Befehl geschaffen worden war. Die SBZ – und hier besonders Brandenburg – war nach Kriegsende Durchzugs-, Stau- und Aufnahmegebiet für Millionen Flüchtlinge und Vertriebene. Die ZVU war als Vermittlerin sowjetischer Anweisungen unter anderem hauptverantwortlich für insgesamt 628 Aufnahme- und Quarantänelager der SBZ, davon fast 100 in Brandenburg. Vorrang hatten Seuchenbekämpfung und Lagerhygiene. Allein im ersten Halbjahr wurden – so Oehlsen – 15 Tonnen Entlausungspulver verbraucht.

Der Verfasser versucht einen Überblick zu der damaligen Situation und zu den unterschiedlichen Aufnahme- und Quarantänelagern in dem (um das östlich von Oder und Neiße liegende Gebiet der früheren Provinz Brandenburg verkleinerten) Land Brandenburg zu geben. Auch die Ostbrandenburger hatten das Schicksal von Flucht und Vertreibung erlitten. „Die Tragödien hungernder und sterbender Menschen auf den Bahnhöfen“ werden anhand bisher weitgehend unbekannter Quellen der Reichsbahndirektion eindrucksvoll dargestellt. Ende 1945 befanden sich bereits rund 640 000 Vertriebene in Brandenburg (West), täg-

lich wurden es mehr. „Einfallstor für Hunderttausende“ Flüchtlinge und Vertriebene (S. 27) waren die Städte mit erhaltenen Brücken wie Frankfurt, Küstrin oder Forst. Auf der westlichen Seite der Oder kam es im Sommer 1945 zu riesigen Staus und zur Errichtung erster Aufnahmelager. Im Oktober 1945 gab es bereits 68 offiziell „freigegebene“ Lager für über 100 000 Personen, zwei Monate später waren es fast zwanzig Lager mehr. Oehlsen berichtet über die Kapazitäten, die Ausstattung und Auslastung sowie die Verwaltung der Lager und beschreibt die dort herrschenden Zustände (Entlausung, Krankheiten, Todesfälle). Das „System“ des Lagerwesens wird trotz der lückenhaften Quellenlage erahnbar bis erkennbar, auch wenn der Verfasser die offiziellen Dokumente nur teilweise hinterfragt. Man erfährt zum Beispiel, daß die Zahl der Lager 1946 zeitweise wieder abnahm, doch leider nicht warum. SMAD- bzw. ZVU-Befehle ordneten die beschleunigte Durchschleusung (14-täglich) und die baldige Auflösung der Lager an. 1947 sollten nur noch sieben Lager mit knapp 14 000 Insassen übrig bleiben, doch sah die Realität oft anders aus. Zu dieser Zeit waren bereits 740 000 „neue Personen“ eingemeindet, das entsprach einem Viertel der Bevölkerung Brandenburgs.

Besonders interessant sind die konkreten Hinweise zu dem Ende Juni 1946 bezugsbereiten Aufnahme- und Quarantänelager in Fürstenwalde. Es war in dem ehemaligen Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager für 2 000 – erweiterbar auf 4 000 – Personen eingerichtet worden. Oehlsen macht Angaben zum Aufbau des Lagers, aber auch zu Problemen. Die 32 Stein- und Holzbaracken wurden gereinigt und „möbliert“: einfache Pritschen, zweistöckig, nur loses Stroh, wenig Sanitäres, Mängel überall. Aspekte des Lagerlebens werden angedeutet, auch Konflikte mit sowjetischen Stellen. Die Ankommenden sollten durch mehre-

re Desinfektions-Zonen geschleust werden, von „unrein“ bis „rein“. Ein Stellenplan verweist auf das über 30-köpfige Lagerpersonal, das „90%ig politisch organisiert“ (S. 92) gewesen sei. Es wird deutlich, hier wurden Massen durchgeschleust. Wichtig waren Registrierung, Seuchenbekämpfung sowie politische Erziehung und ständige Kontrollen. In einem Bericht zur Ankunft eines Vertriebenentransports mit 1 238 Personen aus Reichenberg/ČSR am 8. Juli 1946 beklagt der Landrat des Kreises Lübben, es seien „zu 60% alte Leute und Mütter mit Kindern, die arbeitsunfähig sind und damit der Fürsorge zur Last fallen werden“ (S. 44).

Oehlsen verweist auch auf interessante Folgenutzungen des Lagers Fürstenwalde. Im Januar 1947 kam ein erster „Heimkehrertransport“ aus Polen: 500 kranke deutsche Kriegsgefangene, abgeschoben nach Zwangsarbeit im schlesischen Bergbau. Im September 1948 wurden 5 000 „besondere“ deutsche Kriegsgefangene durch das Lager geschleust und politisch überprüft. Sie waren in sowjetischen Lagern als Anwärter für die Polizei in der SBZ geworben und dafür früher aus der Gefangenschaft entlassen worden. Später diente die Baracken als Wohnlager, zum Beispiel für Deutsche aus dem früheren Königsberg, die 1947/48 zwangsweise in die SBZ ausgesiedelt worden waren.

Oehlsens Buch ermöglicht den Blick auf ein bisher kaum untersuchtes Thema: die Existenz von Hunderten Aufnahme- und Quarantänelagern in der SBZ, durch die von 1945 bis 1947 Millionen Vertriebene geschleust wurden. Diese Arbeit macht deutlich, wie notwendig ergänzende Studien und Zeitzeugenberichte auch zur Überprüfung der Quellen sind. Die seit den neunziger Jahren betriebene „Umsiedler-Forschung“ (insbesondere die Arbeiten von Manfred Wille und Michael Schwartz) bezieht sich vor allem auf Aspekte der Integration. Erstaunli-

cherweise sind Verbindungen zur allgemeinen SBZ/DDR-Forschung bisher kaum vorhanden. Zudem scheint der „Eiserne Vorhang“ an Oder und Neiße nachzuwirken: Oehlsen verweist zwar auf inzwischen veröffentlichte polnische Dokumente, wertet sie jedoch nicht aus. So bleiben zum Beispiel der historisch-politische Kontext und der Verlauf der unterschiedlichen Vertreibungsschübe unklar – und damit auch die Frage unbeantwortet, warum es im Juni 1946 nochmals zur Einrichtung derart großer Lager wie dem in Fürstenwalde kam. Die Anregung zu weitergehenden Untersuchungen ist ein Verdienst dieses Buches. Der Band ist ein wichtiges Teil des Puzzles, das durch weitere Arbeiten ergänzt werden sollte. Erfreulicherweise ist Oehlsens Buch über die Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg leicht erhältlich. Der Text ist auch im Internet zu finden.

*Bärbel Gafert*

**Kittel, Manfred: Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982). Sondernummer der Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, 206 Seiten, 39,90 €.**

Der Besucherstrom zu der 2006/07 vom Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland veranstalteten Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ wie auch zu der von der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen zum selben Thema präsentierten Ausstellung „Erzwungene Wege“ hat gezeigt, daß dieses millionenfach erlebte katastrophische Geschehen in der Bundesrepublik auch heute nicht vergessen ist – gut sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und trotz gelungener Integration. Der von der ARD ausgestrahlte Zweiteiler „Die Flucht“ verpackte den

Stoff in einen für ein Massenpublikum verständlichen Spielfilm, der mit gut elf Millionen Zuschauern denn auch alle Erwartungen übertraf. Stolz und verantwortungsbewußt führt die Protagonistin, eine junge ostpreußische Gräfin, ihr Personal im Treck nach Westen. Sie verliebt sich unterwegs in einen französischen Zwangsarbeiter und konstatiert am Ende, eine andere geworden zu sein. Von den überlebten Traditionen des Landes, das sie gezwungenermaßen verließ, hatte sie sich selbst bereits innerlich gelöst. Eine durch ihre Herkunft aus dem früheren Osten Deutschlands geprägte Biographie mündet nach dem Bruch von Flucht und Vertreibung voller Zuversicht in eine moderne europäische Zukunft.

Der Historiker Manfred Kittel, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München/Berlin und Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Regensburg, geht in seiner Studie der Frage nach, ob die Vertreibung von zwölf bis vierzehn Millionen Deutschen aus Ostmittel- und Südosteuropa in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik inzwischen einen angemessenen Platz gefunden habe. Falls nicht – so Kittel – wäre dies gleichbedeutend mit einer zweiten Vertreibung der Ostdeutschen, und zwar aus dem „kollektiven Gedächtnis“ und den geistig-kulturellen Traditionen aller Deutschen.

Einleitend knüpft Kittel mit pointierten Standpunkten einiger Historiker, Politiker und Vertriebenensprecher zur Erinnerungskultur der Vertreibung an bisherige Diskussionen an: Wurde die größte „ethnische Säuberung“ im neuzeitlichen Europa lediglich als Sache der Betroffenen angesehen, oder bildete die Empathie mit deren Schicksal einen Teil der Trauerarbeit, die das gesamte deutsche Volk nach dem Zusammenbruch des NS-Systems hätte leisten müssen? (Helga Grebing) Wurden die Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße aus der deutschen Geschichte zuneh-

mend „exkommuniziert“? (Herbert Hupka) Ging mit dem nachlassenden öffentlichen Interesse für die Vertriebenen seit den sechziger Jahren eine andauernde „Distanzierung vom kulturellen Erbe des historischen deutschen Ostens einher“? Und zum Thema „Verdrängung“: Waren die Deutschen nach 1945 – aus Scham über die Verbrechen des NS-Regimes und im Bestreben, eine „neue geschichtslose Identität“ zu finden – psychisch so blockiert, daß sie weder für fremde Opfer noch für die Leidtragenden im eigenen Volk Mitgefühl entwickeln konnten? (Peter Graf Kielmannsegg) In welchen intellektuellen Kreisen wurde der deutsche Verzicht auf die Ostprovinzen als kollektive Buße und Sühne für die Mitverantwortung aller Deutschen an den NS-Verbrechen in Osteuropa gedeutet? (Golo Mann, Karl Jaspers und andere) Führte die Vertreibung letzten Endes zu einer Verwestlichung Deutschlands, die wiederum eine Voraussetzung für die Etablierung einer stabilen, an westlichen Freiheitsidealen orientierten Demokratie gewesen sei? (Arnold Toynbee)

Dem von Maurice Halbwachs geprägten Topos des „kollektiven Gedächtnisses“ zufolge formt sich jede Gesellschaft im gemeinsamen Erinnern ein wandelbares Bild von der Vergangenheit, das auch Funktionen der Sinnstiftung für die Gegenwart erfüllt. Kittel unterscheidet zwischen drei Phasen, in denen sich dieser Prozeß in der Bundesrepublik vollzogen habe: (1) fünfziger bis Anfang der sechziger Jahre (Adenauer-Ära, Kalter Krieg), (2) Entspannungspolitik und sozialliberale Koalition, (3) Regierungswechsel 1982 bis heute (deutsche Neuvereinigung 1989/90, endgültige Regelung der Oder-Neiße-Grenze, Jugoslawien-Kriege, Osterweiterung der EU).

Seine Untersuchung konzentriert sich auf die mittlere Phase, speziell auf die Frage, wie im öffentlichen Diskurs und im politischen Raum mit der Thematik

von Flucht und Vertreibung umgegangen wurde. Wie veränderten sich Gewichte, moralische Bewertungen und Perspektiven im Zeitraum von 1961 bis 1982 – beeinflusst von Medien wie *Stern*, *Zeit*, *Spiegel* oder auch der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* im Unterschied zur Springer-Presse (Kapitel 2) sowie von intellektuellen Milieus (zum Beispiel im Protestantismus)? Welche Rolle spielten die Parteien? Neben den „Hauptkonfliktfeldern“ im Kontext der Kontroversen um die neue Ostpolitik oder der geplanten Errichtung einer Zentralen Erfassungsstelle für Vertreibungsverbrechen nimmt der Verfasser auch kleinere „Nebenkriegsschauplätze“ wie zum Beispiel Ostkunderichtlinien, Schulbuchempfehlungen oder kommunale Patenschaften in den Blick.

Quellenbasis der Studie sind Bestände der einschlägigen Bundesministerien, des Bunds der Vertriebenen (BdV), Material aus Presse- und Rundfunkarchiven, Protokolle von Bundes- und Landtagsdebatten, Parteiblätter, politische Memoirenliteratur und dergleichen mehr. Ziel des Verfassers ist es zunächst einmal, „einige vorläufige Breschen in das [...] Dickicht der Forschungsdesiderata“ auf diesem Gebiet zu schlagen.

Kittels Studie bietet eine detailreiche Darstellung zum Wandel des Meinungsklimas in den sechziger und siebziger Jahren, in denen sich das Verhältnis zwischen Medien und Vertriebenen „rasch und grundlegend verschlechterte“. Im Agieren der politischen Klasse erkennt der Verfasser eher ambivalente Züge: Denn trotz des Ringens um neue Wege in der deutschen Ostpolitik im Rahmen einer international einsetzenden Entspannung hielten sämtliche im Bundestag vertretene Parteien bis Ende der sechziger Jahre zumindest deklamatorisch am Rechtstitel der Grenzen von 1937 und am Heimatrecht der Vertriebenen fest. Die Unterschiede seien bis 1969 allenfalls gradueller Natur gewe-

sen. Im Umgang der Parteien mit den „heimatpolitischen Zielsetzungen der Vertriebenenverbände“ sieht Kittel ein „besonders drastisches Beispiel für das Maß an Unaufrichtigkeit der Parteien“, die mit Blick auf die Wählerstimmen der Vertriebenen taktiert hätten.

Während in Teilen des politischen Liberalismus schon 1962/63 die Forderung nach der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze aufgestellt wurde, pflegte die Sozialdemokratie allerdings in den sechziger Jahren noch enge Beziehungen zu den Vertriebenen und stellte zum Beispiel 1967 bis 1970 mit Wenzel Jaksch den BdV-Präsidenten. In der Parteiorganisation der Nachkriegs-SPD war die ehemals sudetendeutsche Sozialdemokratie ein wichtiger Modernisierungsfaktor; so geht etwa die organisatorische Stärke in der bayerischen Diaspora oft auf sudetendeutsche Aktivisten zurück. Die Interessenvertretung der Flüchtlinge und Vertriebenen, ihre soziale Integration und politische Gleichberechtigung gehörten zu den vorrangigen Anliegen der Schumacher- und Ollenhauer-SPD.

Die CDU war hingegen in ihrer Stammwählerschaft, „vor allem in den katholischen Hochburgen genuin eine Partei der Einheimischen“, in der die Vertriebenen lange Zeit unterrepräsentiert blieben. Adenauer, der die Einschätzung der Westalliierten kannte und mental auf Westorientierung und Antikommunismus eingestimmt war, hielt die Westverschiebung Polens für nicht revidierbar. Er empfahl den Vertriebenen aber dennoch „Geduld“, „Ausdauer“ und „Hoffnung“. Sein Nachfolger Ludwig Erhard unternahm selbst tastende Schritte in Richtung auf eine Verbesserung der Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern und hielt sich daher zurück.

Kittel verortet die „erinnerungspolitischen Defizite“ im wesentlichen in der sozialliberalen Politik der „Entspannung und Verdrängung“ in den siebziger Jahren – nach dem „Machtwechsel“ (1969),

dem Durchbruch der neuen Ostpolitik und den Ostverträgen. Die radikale Verschlechterung des Verhältnisses zwischen der Bundesregierung und den Vertriebenenorganisationen und der zähe „Kleinkrieg um die Erinnerung“ äußerten sich beispielsweise in der Kürzung von Zuschüssen für die Verbände, in der Zurückhaltung der Dokumentation über die Vertreibungsverbrechen, in deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen und Bezeichnungsrichtlinien. Im Schlußkapitel verfolgt Kittel seine These der „Vertreibung der Vertriebenen“ weiter und listet Versäumnisse auf wie das Fehlen zentraler musealer Einrichtungen und Bildungsinstitutionen, die Verdrängung des Vertreibungsthemas oder die mangelnde Sensibilität für die Lage deutschsprachiger Minderheiten in Osteuropa.

Die „Verdrängung des alten deutschen Ostens“ war jedoch nicht allein der sozialliberalen Außenpolitik im Kontext der (auch nach Kittels Meinung alternativlosen) Entspannungspolitik anzulasten. Denn im Zuge von Westbindung und Westintegration habe es – so Kittel – in der bundesdeutschen Gesellschaft bereits seit den fünfziger Jahren eine bemerkenswert große Bereitschaft gegeben, den deutschen Osten abzuschreiben. Die Spuren des Ostens hätten sich im Bewußtsein der Deutschen hinter dem „Eisernen Vorhang“ verloren.

Es ist eines der Defizite dieser Studie, daß sie die zeitlich vor- und nachgelagerten Phasen aus der Analyse weitgehend ausspart. Adenauers Realpolitik gegenüber den Vertriebenenverbänden sowie das Auseinanderfallen des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) wird nur gestreift, ebenso die stillschweigende Übernahme der Ostpolitik nach dem Regierungswechsel 1982 durch Bundeskanzler Helmut Kohl und die Besiegelung der Oder-Neiße-Grenze als Preis für die deutsche Neuvereinigung im Jahr 1990.



Auch der schroffe Wandel der Brandt-SPD und die Konfrontation mit den Vertriebenenorganisationen in den politisch aufgeladenen Blockaden der siebziger Jahre hätten – vor dem Hintergrund der bis dahin praktizierten SPD-Politik – eine differenziertere Analyse verdient. Inwiefern war es zum Beispiel den auch von den Unionsparteien in Stellung gebrachten Vertriebensprechern in den erbitterten Kämpfen möglich, ihren unbewältigten Schmerz über den Verlust ihrer früheren Heimat abzureagieren? Andererseits: Inwieweit stärkten die Auseinandersetzungen und die scharfe Abgrenzung von den Vertriebenenverbänden die Glaubwürdigkeit der SPD bei der Aushandlung der Vertragswerke mit den osteuropäischen Partnern?

Der Verzicht auf die Ostgebiete als Bedingung für die Wiedervereinigung 1990 und neue Perspektiven durch die Osterweiterung der EU haben viele Vertriebene verstummen lassen. Wenn jetzt der „geschichtspolitische Schutt“ abgeräumt wird und die früher deutschen Gebiete neu (bzw. ohne territoriale Ansprüche) wieder in den Blick kommen, wird sich zeigen, ob dies ein Betätigungsfeld für Museumsfachleute und die jüngere akademische Intelligenz sein wird, oder ob „Profis“ und Vertriebene bzw. deren Nachkommen produktiv zusammenarbeiten können. Im Verhältnis von Linken und Vertriebenen haben sich ohnehin – wie die Zusammenarbeit des inzwischen verstorbenen früheren SPD-Bundesgeschäftsführers Peter Glotz und der BdV-Vorsitzenden Erika Steinbach in der „Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen“ zeigt – neue Allianzen gebildet.

*Ute Schmidt*

**Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991. München: C.H. Beck 2007, 528 Seiten, 24,90 €.**

Von einem „Standardwerk“ ist in der Beilage der Wochenzeitung *Das Parlament* zur Leipziger Buchmesse 2007 einigermaßen vollmundig die Rede. Bernd Stövers Gesamtdarstellung des Kalten Krieges sei „mit wissenschaftlicher Bravour“ geschrieben; es werde einleuchtend strukturiert, maßvoll analysiert und klug abgewogen. Ob Rezension oder Hagiographie ist dabei noch gar nicht die eigentliche Frage. Die geschichtspolitische Dimension des Vorganges gewinnt schon eher Konturen, stellt man in Rechnung, daß die Bundeszentrale für politische Bildung diesen Frühjahrstitel des Jahres 2007 zeitgleich in einer Paperback-Ausgabe in ihr Programm übernahm, so daß das Opus als offiziöser Stichwortgeber nun seine öffentlich alimentierte Bahn ziehen kann. Warum auch nicht, wenn eine Studie aus dem „wissenschaftlichen Zweikampf eindeutig als Sieger“ (im Wettbewerb mit Gaddis: *Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte*, München 2007, so wörtlich der Schlußsatz in *Das Parlament*) hervorgeht. Staatsintervention anstelle von kommerzieller und intellektueller Konkurrenz, und dies auch noch vom eigenen Hausblatt in rhetorischen Weihrauch gehüllt – woran erinnern solche Verfahrensweisen? Womöglich an kanonisierte Verlautbarungen, welche einmal – im Streit der Worte und Parolen während des Kalten Krieges selbst – die eine Konfliktpartei so penetrant drucken und senden ließ.

Große Monographien ohne kleine Fehler gibt es offenkundig nicht. Deshalb geht es hier auch nicht um die Beckmesserei des Sammlers und Jägers, sondern um kleine Auffälligkeiten, die ihrerseits auf größere Probleme hinweisen: Finnland nahm eben nicht „ab 1941 im Bündnis mit Deutschland“ am Krieg gegen die

Sowjetunion teil, sondern war vielmehr nach dem sowjetischen Überfall vom November 1939, der hier wertneutral als bloßer „Winterkrieg“ firmiert, im Gegenzug eine Art stiller Teilhaber der deutschen Aggression gegen die UdSSR. Das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik trat selbstverständlich nicht zeitgleich mit der Unterzeichnung von Deutschland- und EVG-Vertrag Ende Mai 1952 außer kraft, da dieses ganze Vertragspaket in der vorliegenden Form ja auch nie ratifiziert wurde. Dazu bedurfte es dann schon der modifizierten Pariser Verträge von 1954. Daß Walter Ulbrichts Besuch „im blockfreien Ägypten 1965 nicht nur ein außenpolitischer Triumph für die DDR, sondern auch eine bittere Niederlage für Bonn“ war, kann man auch ganz anders sehen. Dem Leser wird vorenthalten, daß der Ost-Berliner Staatsratsvorsitzende damals über ein Generalkonsulat in Kairo eben nicht hinaus kam, umgekehrt aber Bundeskanzler Erhard geradezu einen gordischen Knoten durchhieb und gegen vielerlei Bedenkenträger, nicht zuletzt im eher proarabisch gestimmten Auswärtigen Amt, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Jerusalem durchsetzte, bis heute für die politisch-moralische Situierung der Bundesrepublik ein Schritt von axiomatischem Rang.

Der Haupteinwand gegen die Konzeption klingt schlicht, vielleicht sehr schlicht, aber notwendig ist er trotzdem: Der Kalte Krieg wird hier als Auseinandersetzung zweier antagonistischer Systeme beschrieben, die sich in ihren Ordnungsentwürfen gegensätzlich zueinander verhielten. Soweit so gut. Aber daß sich damit auch Werturteile verbinden müssen, blendet die Darstellung aus, manchmal mehr, manchmal weniger geschickt. Stöver beschreibt den Kalten Krieg nach Prämissen, nach denen man vielleicht den Dreißigjährigen Krieg beschreiben könnte. Der Kalte Krieg war gewiß auch in seiner Sicht nicht nur eine

machtpolitische Auseinandersetzung wie die zwischen Rom und Karthago, sondern durchaus eine ideologisch (im 17. Jahrhundert konfessionell) aufgeladene. Aber diese Ideologien, diese normativen Vorgaben muten gleichwertig bzw. gleichrangig an, so wie wir heute zwischen Katholiken und Protestanten auch keinen werthaften Unterschied mehr machen. Und wer diese Nivellierung kritisiert – darin besteht die hier subtil aufgestellte dramaturgische Falle – gerät in den Ruch, analytisch voreingenommen, nach wie vor ideologiebehaftet, schlicht immer noch ein kleinkarrierter Kalter Krieger zu sein.

Aber sprechen nicht die Tatsachen selbst eine ganz andere Sprache? Und lassen sie bei intellektueller Redlichkeit nicht doch gar nichts anderes zu als das Festhalten an Asymmetrien in den Welt- und Menschenbildern?

Zutreffend bemerkt der Autor, daß der Kalte Krieg strukturell eigentlich schon mit der Implantierung des bolschewistischen Systems im Rußland des ausgehenden Ersten Weltkrieges anhebt und mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, mit dem Verschwinden des gemeinsamen Gegners NS-Deutschland, von der latenten in eine manifeste Phase transponiert wird. Aber warum ist das eigentlich so? Das grundsätzlich Inhumane der kommunistischen Regime, ihre Nichtakzeptanz bürgerlicher Individualität, ihre Transzendenz leugnende Beanspruchung des ganzen Menschen und ihr technokratischer Omnipotenzwahn, das alles wird dem Leser nie vermittelt. Dasselbe gilt für die kommunistische Absage an Pluralität, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit. Daraus resultiert zugleich, daß auch an keiner Stelle das habituelle Erscheinungsbild der kommunistischen Regime vorgeführt wird, jene Welt uniformer Häuserzeilen, des Geruchs von Braunkohle und scharfen Reinigungsmitteln, der warmen Würstchen an den Frühstückstheken zwischen Köpenick

und Wladiwostok, aber auch die Welt der permanenten Kontrollen, der feudalierten Titulaturen von Generalsekretären nach dem Muster mittelalterlicher Fürsten, der pharmakologisch in Stimmbruchnähe geführten Leistungssportlerinnen, der erstickten Flüsse und der verpesteten Atmosphäre. Statt solcher Befunde kann der Leser allerlei Berechnungen über die jeweils vorhandenen Potentiale an nuklearen Kilo- und Megatonnen und die dazugehörigen Systeme von strategischen Bombern, land- und seegestützten Interkontinentalraketen nachlesen. So oder ähnlich war es gewiß, aber was erklären solche Nuklearbilanzen, außer, daß Abschreckung offenkundig den „heißen Krieg“ verhinderte. Aber das kann man auch bündiger haben. Wo es Asymmetrien gab, werden Symmetrien herbeigeschrieben: An mehreren Stellen muß die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KGU), in den frühen fünfziger Jahren von Berlin aus in der DDR operierend, als Äquivalent gegen die Gesamtheit der östlichen Geheimdienstapparate antreten, mit ihrem Weltniveau an menschlichen Zerstörungen.

Ebenso wie die Essenz des Existierens unter kommunistischen Vorzeichen nie faßbar wird, gilt dies umgekehrt auch für die Grundbedingungen innerwestlicher Politik, Kultur und Ökonomie: Der Kalte Krieg war durch den Westen nur führbar, weil der Westen sein negatives Erbe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts weitgehend überwunden hatte. Noch in der Zwischenkriegszeit hatte die junge Sowjetunion kräftig von den nationalistischen Antagonismen zwischen Polen, Deutschland und Frankreich profitiert. Auch die spätere Sowjetunion der frühen Nachkriegszeit versuchte auf dieser Klaviatur zu spielen. Die unter Stalins Namen 1952 erschienene Schrift „Ökonomische Probleme des Sozialismus“ gab der Hoffnung Ausdruck, Deutschland werde wieder mit den Westmächten in

Konflikt geraten. Daß hingegen die Menschen zwischen Pyrenäen und Elbe seit Beginn der fünfziger Jahre ein buchstäblich immer farbigeres Leben führen konnten, ihnen zugleich Nationalismen wie Abschottungen stetig atavistisch erschienen, versetzte den Westen wohl eigentlich erst in die Lage, den Kalten Krieg politisch-strategisch wie kulturell durchzustehen. Dazu gehörte auch, daß der Hegemon des Westens eine andere Rolle einnahm und anders agierte als der Hegemon des Ostens. London, Paris, aber auch Rom und Bonn waren, selbst wenn sie nunmehr weltpolitisch zweitklassige Größen repräsentierten, keine abhängigen Satelliten wie Ostberlin, Prag oder Sofia.

Die Darstellung schildert einigermaßen angemessen die Aufstände von 1953 in Böhmen und in der DDR und die von 1956 in Polen und Ungarn. Warum es derlei Vorgänge im Westen nie gab, ja gar nicht geben konnte, warum dort nie Molotowcocktails gegen GIs geschleudert wurden, erörtert der Autor nicht – er hätte ansonsten das nun einmal gegebene normative Gefälle zwischen den beiden „Systemen“ akzeptieren müssen.

Aus der Frühzeit des Kalten Krieges stammt die insbesondere im damaligen West-Deutschland, gerade von Sozialdemokraten vielfach strapazierte „Magnettheorie“: Die westliche Seite solle in der Systemkonkurrenz vor allem sozialpolitisch so attraktiv gestaltet werden, daß das Verlangen auf der östlichen Seite nach gleichwertigen Lebensbedingungen übermächtig werde. Das zielte dann aber nicht nur auf Bananen und PS-Boliden ab, sondern auch und vor allem auf persönliche und politische Freiheit. Vielleicht hat am Ende, als klar war, daß die Panzer nicht mehr rollen würden, schlicht eine innereuropäische Magnettheorie obsiegt. Dies kann man freilich nur anerkennen, wenn man für die vorausgegangene Zeit einen Konflikt eben nicht gleichwertiger Größen zugrunde

legt. Dann kann man sich freilich auch vielerlei gewundene andere Erklärungsansätze weitgehend sparen.

*Peter März*

**Niemetz, Daniel: Das feldgraue Erbe. Die Wehrmachtseinflüsse im Militär der SBZ/DDR. Berlin: Ch. Links Verlag 2006, 345 Seiten, 29,90 €.**

Wer Fotos von Generalen, Offizieren und Unteroffizieren der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee (NVA) aus den achtziger Jahren nebeneinanderlegt, stellt fest, daß die Uniformen der NVA weit mehr denen der Wehrmacht ähnelten als die der Bundeswehr. Das galt unter anderem für die breiten roten Biesen der Generale, Schulterstücke, Mützenkordel, Dolch, Reithosen und Stiefel der Generale und Offiziere, die Silbertressen der Schulterklappen und Kragen der Unterführer und die Knobelbecher der Unterführer und Mannschaften. Einzig der flache Stahlhelm erscheint dem Laien „NVA-typisch“. Dabei handelte es sich um den Stahlhelm 44 der Wehrmacht, der nicht mehr zum Einsatz gelangte.

Daniel Niemetz hat in seinem Buch, das aus einer Leipziger Dissertation hervorgegangen und als Band 13 der Reihe „Militärgeschichte der DDR“ vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt herausgegeben worden ist, das Panorama der Wehrmachtseinflüsse im Paramilitär der SBZ und DDR aufgearbeitet. Dabei wertete er die Akten des Militärarchivs im Bundesarchiv, der SAPMO und der BStU aus. Er befragte neun ehemalige Wehrmachtsgenerale und -offiziere, die in der NVA Karriere gemacht haben. Die Arbeit mit diesem Buch wird erleichtert durch 33 Tabellen und ein Personenregister. In diesem werden bei ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht, die in der Hauptverwaltung für Ausbildung (HVA, bis 1952), der Kasernierten Volkspolizei (KVP, bis 1956)

und der NVA dienten, der Wehrmachtsdienstgrad und der letzte Dienstgrad in den Militärformationen der DDR angegeben.

Für den 1948/49 beginnenden „Aufrüstungs- und Militarisierungsprozeß“ wurden „kämpferprobt“ Offiziere benötigt. Dafür entließen die Sowjets im September 1948 als „Geschenk“ fünf Generale und 100 Offiziere der ehemaligen Wehrmacht. Dabei handelte es sich um Absolventen der Zentralen Antifa-Schule Krasnogorsk, unter denen sich ehemalige Funktionsträger des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) und des Bundes deutscher Offiziere (BdO) befanden. Alle waren in der Sowjetunion für den Dienst in der Volkspolizei angeworben worden. Da dieser Personenkreis für die damals zu besetzenden 600 Offiziersstellen nicht ausreichte, wurden zahlreiche Stellen mit ehemaligen Unterführern der Wehrmacht besetzt. Sie gehörten zu den 5 000 Kriegsgefangenen, die den Kommunisten im September und Oktober 1948 „als Grundstock für die künftigen Militärformationen“ zur Verfügung gestellt wurden.

Die 1952 von Stalin geforderte Schaffung einer „Volksarmee“ zwang zur Deckung des Personalbedarfs im Führungsbereich zur Einstellung weiterer Generale und Offiziere der Wehrmacht, wobei selbst vor der Verwendung ehemaliger Mitglieder der NSDAP nicht zurückgeschreckt wurde. Mit der Einführung sowjetischer Waffen wurde in allen Fragen der Gliederung, der Ausbildung und des Einsatzes der Einheiten, Truppenteile und Verbände das sowjetische Vorbild befolgt. Die Beibehaltung deutscher Vorschriften auf dem Gebiet des Innen-, Standort- und Wachtdienstes wurde jedoch von der sowjetischen Seite sogar gefordert. Die damals unter der Leitung ehemaliger Wehrmachtsoffiziere erarbeiteten Dienstvorschriften hatten im we-

sentlichen bis zum Ende der NVA Gültigkeit.

Diese war 1956 gegründet worden und hatte auf Betreiben der Sowjets die khakifarbene Uniform der Kasernierten Volkspolizei (KVP), die im Volksmund zur Bezeichnung „Russenknechte“ geführt hatte, durch den „grauen Rock“ ersetzt. Gegen Ende dieses Jahres befanden sich die ehemaligen Offiziere und Generale auf dem „Zenit ihres Einflusses“. „Ganze Befehlsketten, vom Militärbezirk über die Division und das Regiment bis hinunter zum Bataillon (waren) in den Händen Ehemaliger, ganz zu schweigen von dem hohen Anteile an den MfNV (Ministerium für Nationale Verteidigung)-Leitungsoffizieren“. Zu ihrem tiefen Sturz kam es, als das SED-Politbüro nach dem ungarischen Volksaufstand (Oktober/November 1956) am 9. November 1956 einen Maßnahmenkatalog „zur Unterdrückung konterrevolutionärer Aktionen“ verabschiedete, der unter anderem den Einsatz der NVA vorsah. Nach den Erfahrungen mit ehemaligen Honvéd-Offizieren in Ungarn hatte das SED-Politbüro Zweifel an der Zuverlässigkeit ehemaliger Offiziere und Generale der Wehrmacht. Es beschloß am 15. Februar 1957: „158 ehemalige Offiziere und Generale der Wehrmacht, die führend in Reichswehr und Wehrmacht gewesen waren (unter anderem Offiziere des Generalstabs), werden bis Ende 1957 in die Reserve versetzt, 231 weitere bis Ende 1959. 63 sollen bis nach 1960 als Lehrer, Lehrstuhlinhaber, wissenschaftlicher Mitarbeiter oder Arzt beschäftigt werden.“ Niemetz bezeichnet diese Entscheidung als widersinnig. 50 Prozent des Offizierkorps hätten nach Einschätzung der Kaderverwaltung eine mangelnde oder gar keine militärische Qualifikation, 73,5 Prozent nur einen 8-Klassen-Abschluß gehabt. Da es fast unmöglich war, die zu Entlassenden zu ersetzen, konnte die Zielvorgabe des Politbüros nur zum Teil erfüllt werden.

Wegen des in der Bundesrepublik erhobenen Vorwurfs, auch in der NVA dienten Generale und Offiziere der Wehrmacht, sagte Generalleutnant Hoffmann, erster Stellvertreter des Verteidigungsministers, am 29. Mai 1959 auf einer Pressekonferenz am Rande der Außenministerkonferenz in Genf, die Generale und Offiziere der NVA seien „Antifaschisten“ und „Hitler-Gegner“, nur ein Prozent seien Offiziere der „faschistischen Armee“ gewesen. Tatsächlich stellten sie damals noch 11,5 Prozent aller Leitungsoffiziere vom Regiment an aufwärts. Jetzt wurde aber wegen der „internationalen Lage“ der Beschluß vom 15. Februar 1957 bis auf zehn Ausnahmen erfüllt.

Mit dem Ausscheiden des Gros der ehemaligen Wehrmachtsoffiziere bis Ende 1959 ging der steile Aufstieg ehemaliger Unterführer- und Mannschaftsdienstgrade einher. Sie waren allerdings von Anfang an wegen ihrer proletarischen Herkunft und ihrer Unbefangenheit gegenüber der sowjetischen Taktik („Feuerlinie“) bevorzugt worden. Ab 1972 standen alle drei Teilstreitkräfte unter dem Kommando ehemaliger Unterführer der Wehrmacht. 1960 bis 1989 wurden 39 ehemalige Unterführer und 55 ehemalige Mannschaftsdienstgrade zu Generalen ernannt. Niemetz belegt anhand von IM-Berichten der HA I, daß nicht wenige der ehemals Subalternen den Anforderungen des hohen Amtes fachlich und charakterlich nicht gewachsen waren, insbesondere solche, die zu früh in verantwortliche Positionen gekommen waren. „Barrasmäßiges Auftreten im Stile einstiger Gruppenführer, Ausbilder und Hauptfeldwebel der Wehrmacht waren bei diesen Generalen nicht selten.“ Generalen wie Stechbarth, Reinhold und Streletz, die sich kontinuierlicher von Dienststellung zu Dienststellung hochdienen mußten, stellt er jedoch ein sehr gutes Zeugnis aus.

Niemetz beschreibt ausführlich die Motive, die Generale und Offiziere in der sowjetischen Gefangenschaft veranlaßten, dem BdO und dem NKWD beizutreten und nach ihrer Entlassung in den militärischen Formationen der SBZ/DDR Dienst zu leisten. Trotz ihrer Loyalität gegenüber der Sowjetunion und dem SED-Regime bewahrten sich jedoch die meisten einen gewissen Stolz auf die „Auftragstaktik“, die sie leider nicht durchsetzen durften, die Waffentaten und andere Vorzüge der Wehrmacht. Die HA I des MfS, die in den Ehemaligen ein Sicherheitsrisiko sah, und die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen haben das immer wieder kritisiert.

Niemetz hat ein rundum gelungenes Buch vorgelegt, das nachweist, daß der von den Sowjets geforderte und streng angeleitete zügige Aufbau der militärischen Formationen der SBZ/DDR ohne das „feldgraue Erbe“ nicht möglich gewesen wäre. Es hat die NVA bis zu ihrem Ende beeinflußt.

*Otto Wenzel*

**Bilak, Vasil: Wir riefen Moskau zu Hilfe. Der „Prager Frühling“ aus der Sicht eines Beteiligten. Hrsg. und übersetzt von Klaus Kukuk. Berlin: Edition Ost 2006, 288 Seiten, 14,90 €.**

„Es herrscht eine Atmosphäre geistigen Terrors und der Angst“ – mit diesen Worten beschrieb Vasil Bilak die Sommerwochen in der Tschechoslowakei während des Reformjahres 1968, das als „Prager Frühling“ in die Geschichte eingegangen ist. Eine frappierende Wortwahl, die Vasil Bilaks konsequent beibehält. Während die Menschen in Ost und West begeistert Alexander Dubčeks Kurs einer politischen und kulturellen Öffnung begrüßten, berichtet der Zeitzeuge Bilak von seinen massiven Sorgen um die Zukunft des Sozialismus in seiner Heimat. Mehrmals betont er, eben-

falls gegen „Deformationen“ und „Fehler“ zu sein, die in der ČSSR in den fünfziger und sechziger Jahren gemacht worden waren. Einen Rückfall „in jene Zeit vor dem Januar“ sollte es nicht mehr geben. Damit spielt Bilak auf den Januar 1968 an, in welchem der Stalinist Antonín Novotný gestürzt und durch Alexander Dubček ersetzt wurde. Zu Dubček habe er anfangs gehalten, da er ihn recht gut gekannt und gehofft habe, daß dieser die politische Situation in der ČSSR in den Griff bekommen werde. Formulierungen wie „unter Kontrolle haben“ gebraucht Bilak ganz bewußt und verbindet damit eine ideologische und politische Sicherheit.

Bilak, während des Reformjahres 1968 Präsidiumsmitglied des ZK der KPČ, schildert einen Spannungsbogen vom Frühjahr 1968 („Countdown für die Konterrevolution“) bis zur endgültigen Abhalfterung Alexander Dubčeks im April 1969. Immer wieder betont Bilak, daß der ideologische Verrat von bestimmten Funktionären der KPČ zu verantworten war, während das Volk dafür nicht anfällig war. Es war lediglich irregeleitet und falsch informiert worden, da Presse, Hörfunk und Fernsehen in den Händen der Konterrevolutionäre waren. Eine typische Argumentationsweise für einen Ideologen, der unerschütterlich den richtigen Weg kennt – nämlich den Sozialismus leninistischen Typs. Diejenigen, die mit diesem als richtig erkannten Weg nicht einverstanden waren, sind entweder Gegner – oder sie sind bewußt getäuscht und manipuliert worden. Von wem? Selbstredend von feindlichen Agenten, die sich nicht zu schade waren, ihr Süppchen auf Kosten des Volkes zu kochen.

Bereits 1985 hatte Vasil Bilak in einem aufsehenerregenden *Spiegel*-Interview versucht, Alexander Dubček als Mitverantwortlichen für die Invasion im August 1968 in die Pflicht zu nehmen. Dubček wehrte sich seinerzeit über die

Parteizeitung der italienischen Kommunisten *L'Unita*. Sechs Jahre später, am 19. September 1991, entschuldigte sich Bilak für diese Anwürfe. Allerdings steht darüber nichts im vorliegenden Buch. Bilak beharrt in seiner Kernthese darauf, daß Dubčeks Unfähigkeit zur Invasion geführt habe, und er scheut sich nicht, sogar von einem drohenden Bürgerkrieg zu sprechen. Dabei war der „Prager Frühling“ unter Alexander Dubček von einer gewaltigen Aufbruchsstimmung gekennzeichnet, Belege für einen aufziehenden Bürgerkrieg bleibt Bilak indes schuldig.

An einer Stelle ist Vasil Bilak zuzustimmen – wenn er sich darüber mokiert, daß die „wahren Kommunisten“ als „Konservative“ denunziert würden: „Es kam zu einer Verkehrung der Begriffe wie der Werte in unserer Gesellschaft.“ Schließlich kennzeichnet eine babylonische Sprachverwirrung sämtliche Ideologeme des 20. Jahrhunderts, die alle die Begriffe „Sozialismus“, „Demokratie“, „Freiheit“ oder „nationale Souveränität“ für sich beanspruchten. Ein Heinrich Himmler konnte seinen Schergen allen Ernstes attestieren, trotz ihres Dienstes „anständig geblieben“ zu sein.

An keiner Stelle wird deutlich, inwiefern Bilaks Erinnerungen den vom Übersetzer, Herausgeber und Zeitzeugen Klaus Kukuk eingestuftem Rang als „einzige kompetente Insidersicht, die es zu den Ereignissen in der ČSSR 1968/1969 gibt“ einlösen. Die angeblichen Szenarien des Zerfalls und des Chaos – so stellt sich für Stalinisten zum Beispiel eine weitgehend freie Presse dar – sind bereits an anderer Stelle einschlägig beschrieben. Man erinnert sich an Jiří Hájeks Buch *Demokratisierung oder Demontage?*, das bereits 1969, in einem DKP-nahen Verlag erschienen, den deutschen Leser im Sinne der „Hauptverwaltung ‚Ewige Wahrheiten‘“ unterrichtet hatte.

Dieser Hájek sollte übrigens nicht mit seinem Namensvetter verwechselt werden, der als Außenminister der Dubček-Regierung nach der Invasion der Warschauer-Pakt-Truppen im August 1968 vor der UNO Protest eingelegt hatte und der Legende der Stalinisten von der „brüderlichen Hilfe“ vehement widersprach. Selbstredend findet sich dieser Jiří Hájek in Bilaks Erinnerungen in der Gruppe jener zwielichtigen Abenteurer wieder, die durch intensive Kontakte mit westlichen Geheimdiensten gekennzeichnet sind. Dazu gehören Altkommunisten wie Josef Smrkovský oder František Kriegel, auf den sich geradezu Haß ergießt – ein Tröpfchen Antisemitismus findet sich in jeglichem totalitären Sud, gleich welcher Couleur.

Vasil Bilak ist stolz darauf, daß er innerhalb der KPČ den „gesunden Kern“ repräsentierte und das Volk über die „Täuschungsmanöver“ von Alexander Dubček aufklären half. Das Volk hingegen konnte in der Ära der sogenannten „Normalisierung“ von 1969 bis 1989 in der ČSSR nicht frei wählen, ob an seinen Grenzen Wachtürme stehen, ob es lieber marschieren oder frei reisen, sich vorgegebenen Richtlinien unterwerfen oder in freier Initiative entscheiden wollte. Insofern scheitert jegliches ideologisches Wortgeklapper spätestens am Härtesten der Wirklichkeit. Ohne freie Wahlen gibt es keine Demokratie. Inwiefern trifft dies auch auf eine „sozialistische Demokratie“ zu? Bilak hat maßgeblich dazu beigetragen, daß der Mannschaft um Alexander Dubček die erfolgreiche Beweisführung versagt geblieben ist. Vasil Bilak wird sich nicht zuletzt daran messen lassen müssen, daß er sich mit seiner Beteiligung an dieser Verhinderung noch heute rühmt!

*Volker Strebel*

**Blehova, Beata: Der Fall des Kommunismus in der Tschechoslowakei. Reihe: Europa Orientalis, Bd. 2. Hrsg. vom Institut für Osteuropäische Geschichte an der Universität Wien. Münster u.a.: LIT Verlag 2006, 272 Seiten, 24,90 €.**

In der vorliegenden Studie, die Beata Blehova 2004 an der Universität Wien als Dissertation eingereicht hat, hat sich die Autorin zur Aufgabe gemacht, den (Zer)Fall des „real existierenden Sozialismus“ in der Tschechoslowakei zu untersuchen. Dabei kann sie nachweisen, daß die Invasion der Warschauer Pakt-Staaten vom 21. August 1968 im wahrsten Sinne des Wortes den Startschuß zum Niedergang des „real existierenden Sozialismus“ in der CSSR bedeutete. Die im Anschluß an die gewaltsame Niederwerfung des Reformmodells des „Prager Frühlings“ eingeleitete Politik der „Normalisierung“ unter der Führung des ehrgeizigen Gustáv Husák stellte einen letzten Versuch neostalinistischer Stabilisierung dar, welcher ausschließlich unter dem bleiernen Himmel der politischen wie ideologischen Teilung Europas gelingen konnte.

Der erste Teil von Blehovas Arbeit widmet sich der Zeit der „Normalisierung“, indem sie diese in eine „weiche“ und „harte“ Phase unterteilt und diese zugleich mit der Bildung und Entwicklung oppositioneller Strömungen verknüpft. Hier liefert Beata Blehova wertvolle Hintergrundinformationen aus Archivmaterialien und verstreut publizierten Stellungnahmen. Neben der auch im Westen bekanntgewordenen Bürgerrechtsbewegung Charta 77 stellt Blehova auch andere Gruppierungen wie die „Bewegung für die bürgerliche Freiheit“ und den politischen Klub „Obroda“ vor, ein Sammelbecken ehemaliger und verstoßener Reformkommunisten. Kritisch analysiert Blehova dabei auch die unterschiedlichen politischen, philosophischen und weltanschaulichen Ausrichtungen dieser Dissidentengruppen. Sie

skizziert sowohl Václav Havels existentialistische Ideen einer Bürgerethik des Einzelnen als auch Emanuel Mandlers Analyse des kollektiven Verständnisses der Nation. Havel und Mandler, der die Charta 77 nicht unterschrieben, sondern die oppositionelle Gruppierung „Demokratische Alternative“ um sich geschart hatte, bildeten politische Gegenpole innerhalb der Opposition. Blehova unterstreicht mehrmals den relativ starken Anteil ehemaliger Reformkommunisten in der Charta 77 und leitet unter anderem von daher deren Strategie ab, einen Dialog mit dem Regime, nicht aber dessen Abschaffung anzustreben. Stellvertretend für diese inneroppositionelle Grundsatzklärung führt die Autorin den kritischen Disput zwischen dem Charta-Sprecher Jiří Hájek, der unter Dubček Außenminister war, und dem unabhängigen Historiker Jan Tesař an.

Besondere Aufmerksamkeit widmet die Autorin dem slowakischen Landesteil. Auch hier liefert sie bislang kaum bekannte Informationen über verschiedene oppositionelle Bewegungen und analysiert die immer wieder diskutierte Tatsache, daß in der Slowakei lediglich eine Handvoll Intellektueller die Charta 77 unterschrieben hatte. Die Schilderung der besonderen Rolle der katholischen Kirche und vor allem des polnischen Papstes Johannes Paul II im Wechselspiel mit dem kommunistischen Regime nimmt bei Beata Blehova einen auffallend großen Raum ein.

Ein zweiter Teil dieser Studie beleuchtet diejenigen Kräfte, die Anteil an der Zerbröselung des realen Sozialismus hatten und von außen wirkten. Dabei weist die Autorin auf die Rolle der Vereinigten Staaten hin, die besonders seit Jimmy Carter die Einhaltung der Menschenrechte in den sozialistischen Ländern gefordert hatten. Die Unterstützung regimekritischer Strömungen war Teil des Kalküls, der Unzufriedenheit der Menschen in diesen Ländern Ausdruck zu



verleihen. Eine widersprüchliche Rolle spielte Michail Gorbatschows Politik der „Perestroika“ und des „Glasnost“ für die diskreditierte Führungsriege der ČSSR. Anhand von zum Teil bislang unveröffentlichten Mitschriften und Protokollen, aber auch von Memoiren und persönlichen Gesprächen zeigt Blehova Gorbatschows unfreiwillige Selbstblockade im Verhalten gegenüber den Normalisierungspolitikern auf. Da eben kein Moskauer Diktat mehr die Meinung bestimmen sollte, tat sich Gorbatschow schwer, sich eindeutig zu Alexander Dubčeks Reformpolitik zu bekennen.

Auch im bislang kaum aufgearbeiteten internen Gerangel um den Rücktritt von Gustáv Husák am 17. Dezember 1987 scheint die Moskauer Zentrale eine unglückliche Rolle eingenommen zu haben, was allerdings aufgrund der völlig verfahrenen Situation einer vollkommen abgewirtschafteten KPČ auch kaum anders sein konnte. Es war nicht gelungen, mit Lubomír Štrougal eine Reformalternative zu etablieren. Selbst Husák hatte Miloš Jakeš, offenbar als geringeres Übel, als Nachfolger dem völlig verknöcherten Vasil Bilak vorgezogen. Die Schlußphase ihrer Untersuchung liegt in der spannungsgeladenen Zeit von den Herstdemonstrationen bis zum 31. Dezember 1989 – von der „samtenen Revolution“ bis zur Wahl des neuen, nicht-kommunistischen Staatspräsidenten Václav Havel.

Diese Arbeit liefert vor allem aufgrund ihrer Quellenauswertung neue und wertvolle Informationen. Sie wird allerdings durch eine stellenweise unverständliche Sprache und eine Unzahl von Rechtschreibfehlern entwertet. Hier hätte ein minimaler Aufwand Abhilfe schaffen können. Die Arbeit und nicht zuletzt ihre Autorin hätten es verdient.

*Volker Strebel*

**Röhl, Bettina: So macht Kommunismus Spaß. Ulrike Meinhof, Klaus Rainer Röhl und die Akte Konkret. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt 2006, 677 Seiten, 29,80 €.**

**Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.): Die RAF und der linke Terrorismus. 2 Bde. Hamburg: Hamburger Edition 2006. 1 415 Seiten, 78 €.**

Die DDR spielte als interessierter Dritter für die neue Nachkriegslinken der Bundesrepublik eine weitaus größere Rolle, als das gemeinhin gerne zugegeben wird. Die Gießener Historikerin Anne Christine Nagel publizierte kürzlich in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* den Text einer Kondolenz, die Wolfgang Abendroth am 2. August 1973 nach dem Tod von Walter Ulbricht an das für die Westarbeit der SED zuständige Politbüromitglied Albert Norden richtete. Abendroth schrieb: „Einer der Größten aus der Tradition der Arbeiterbewegung ist von uns gegangen und gleichzeitig einer der Größten der Geschichte des deutschen Volkes. Mochte ich auch oft Probleme anders gewertet haben, als er es tat (und in vielen entscheidenden Fragen hat sich gezeigt, daß er im recht war, wenn auch, wie immer noch scheint, in manchem nicht), so ändert das nichts an seiner ungeheuren historischen Leistung, der die DDR so viel verdankt, aber auf lange Sicht auch die westdeutsche Arbeiterbewegung und der internationale Sozialismus. Vor allem kann es nichts daran ändern, daß er uns – der Generation nach ihm, die nach dem Ersten Weltkrieg in die Bewegung eintrat, aber erst recht den Jungen – stets ein Vorbild an Treue zu Humanität und Sozialismus und an wissenschaftlicher Konsequenz in der Anwendung des Marxismus gewesen ist und bleiben wird.“

Wolfgang Abendroth gehörte in den sechziger Jahren zu den großen Einflußträgern im Umfeld der Neuen Linken. Er trug erheblich dazu bei, daß sich ein großer Teil seiner akademischen Gefolgs-

schaft in Marburg und andernorts nach dem Auseinanderfallen der APO zu Apologeten der DDR und Anhängern der DKP entwickelten. Auch Ulrike Meinhof, die im Sommersemester 1955 ihr Studium in Marburg aufnahm, besuchte Abendroths Seminare. Bettina Röhl erwähnt das in ihrer außerordentlichen Doppelbiographie der eigenen Eltern nur am Rande. Es ist jedoch naheliegend, daß Meinhofs akademische Ausbildung im Dunstkreis Abendroths die Entscheidung zum Eintritt in die illegale KPD nachhaltig beeinflußt hat.

Meinhofs politischer Freund Jürgen Seifert stellte damals fest, daß sich Ulrike Meinhof in ihrer Marburger Zeit „völlig verändert“ hatte. Sie schrieb ihm im Oktober 1958, sie sei „ein wenig zum Nachdenken gekommen“ und habe ihre frühere Position revidiert: „Wir sind uns darüber einig, daß die positive Alternative zur westlichen Politik im Sozialismus zu sehen ist, daß personelle Veränderungen in den Regierungen das Grundübel nicht ausrotten können, sondern nur eine Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse.“ Bettina Röhl interpretiert diesen Brief zutreffend als ein erstes Zeugnis der Hinwendung Ulrike Meinhofs „zu einer kommunistischen Gesinnung, der sie im Prinzip bis zu ihrem Tod treu bleiben sollte“.

Die SED finanzierte seit 1955 die Hamburger Zeitschrift *Studenten-Kurier*, die 1957 in *konkret* umbenannt wurde. Klaus Rainer Röhl und Ulrike Meinhof führen bis Mitte der sechziger Jahre immer wieder in die DDR, um sich dort von SED-Funktionären politische Ratschläge und Instruktionen für die Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik erteilen zu lassen und Rechenschaft darüber abzulegen, daß sich die DDR-Subventionen für die Zeitschrift *konkret* auf ganzer Linie gelohnt hatten. Wie sie sich gelohnt haben und auf welche Weise Ulrike Meinhof zur Transmission der SED-Einflußpolitik in der Bundesrepub-

lik beitrug, hat Bettina Röhl, gestützt auf zahlreiche Briefe, Akten und Zeitzeugenaussagen, in eine nahezu lückenlose historische Erzählung gegossen. Das Buch behandelt vor allem die ersten 34 Lebensjahre Ulrike Meinhofs. Aber diese waren die für sie politisch prägenden Jahre. Im Unterschied zu ihrem Mann Klaus Rainer Röhl vollzog Ulrike Meinhof 1965 den Bruch mit der illegalen KPD und der SED nicht mit innerer Konsequenz. So sah es auch ihr damaliger KPD-Instrukteur Manfred Kapluck. Er habe damals, berichtete er Bettina Röhl, zu den Ost-Berliner KPD-Verantwortlichen gesagt: „Wieso wollt ihr Ulrike ausschließen, sie hat doch nichts getan. Das gleiche sagte ich später auch zu Ulbricht und den anderen Genossen, als Ulrike in den Untergrund ging und Terroristin wurde: Warum denn ausschließen, sie hat doch nichts getan, was der DDR schadet. Da ließ man sie drin.“ So kam es, schreibt Bettina Röhl, daß Ulrike Meinhof „bis zu ihrem Tod Mitglied der KPD (DKP) blieb“.

Die Zeit des Terrorismus kommt in Bettina Röhl's Buch nur auf den letzten Seiten des Epilogs vor. Ob die Autorin ihrer großen Erzählung über das pralle Leben in der jungen westdeutschen Linken einen zweiten Band über den Untergang der schönen Illusion in Gewalt und Terror folgen läßt, wenn sie die Kraft dazu hat? Das vorliegende Buch, das zum Teil auch eine Autobiographie ihrer Kindertage ist, muß nämlich einen immensen Aufwand an Recherchen, Energie und Herzblut gekostet haben. Denn die Autorin verarbeitet, trotz aller Bemühung um Historisierung und eingewoben in die Biographie ihrer Mutter, auch das zutiefst verletzendste Erlebnis einer enttäuschten Tochterliebe.

Die Rolle der DDR und anderer sozialistischer Länder als interessierte Dritte bleibt in den diversen Artikeln des von Wolfgang Kraushaar herausgegebenen RAF-Sammelbandes dagegen seltsam

nebulös. Am nächsten arbeitet sich Kraushaar selbst an diesen Aspekt der RAF-Geschichte in seinem Aufsatz über die Anti-Springer-Kampagne der APO und die späteren Brand- und Bombenanschläge der RAF gegen Einrichtungen des Axel-Springer-Konzerns heran. Er verfolgt dabei freilich eine von Hubertus Knabe bereits gelegte Spur und gelangt nicht weit darüber hinaus.

Auch Martin Jander, der sich in seinem Beitrag den „Verbindungen des Ministeriums für Staatssicherheit mit der RAF und dem bundesdeutschen Linksterrorismus“ zuwendet, kommt nicht wirklich zur Sache. Sein Fazit: „Die Beziehungen des MfS zu den linksterroristischen Gruppen in der Bundesrepublik waren – soweit bislang erkennbar – im Grenzbereich von Duldung, Kontrolle und halb offener Unterstützung angesiedelt.“ Genau letzteres stimmt nicht. Von „halb offener Unterstützung“ kann überhaupt keine Rede sein. Die Hilfsleistungen des MfS für die RAF fanden auf verdeckte und streng abgeschirmte Weise statt. So verdeckt, daß selbst Teile der Stasi-Terrorabwehr nicht von den dafür Verantwortlichen Stasi-Offizieren ins Benehmen gesetzt wurden. Jander hat offenbar nur Teilüberlieferungen der MfS-Terrorabwehr als Aktenkopien im Hamburger Institut für Sozialforschung eingesehen – jedenfalls zitiert er fast ausschließlich diese – und hat sich nicht noch einmal die Mühe des Gangs in die Birthler-Behörde gemacht. Die Ausbildung an der Waffe, die das MfS einigen Gruppe von RAF-Leuten, darunter auch Christian Klar, angedeihen ließ, wird zwar unter der Überschrift „Militärisches Training“ erwähnt, doch zitiert wird dort lediglich aus der *Süddeutschen Zeitung* und der *Frankfurter Rundschau*. Der Autor ignoriert beispielsweise die von Thomas Auerbach analysierte und dokumentierte Arbeitsgruppe des Ministers Mielke für Sonderaufgaben, die für den Krisenfall Terroraktionen in der

Bundesrepublik vorbereitet hat und sich dabei auch auf „antiautoritäre Kräfte“ im Westen stützen wollte. Er ignoriert weiterhin die Darstellung des militärischen RAF-Trainings, wie sie sich in Heribert Schwans Mielke-Biographie findet, und kommt am Ende zur oben zitierten Fehldiagnose des Beziehungsverhältnisses zwischen RAF und Stasi.

Ein wesentliche Komponente dieses Beziehungsverhältnisses wird auch in anderen Beiträgen des dickleibigen Zweibänders vernachlässigt: der Antiamerikanismus. Bei Jander etwa ist vom „gemeinsamen Feindbild des bundesdeutschen Terrorismus und der SED“ die Rede und dabei vom „Kampf gegen den Imperialismus“. Das zunächst entscheidende Angriffsziel der RAF war aber der US-Imperialismus und davon abgeleitet der „Zionismus“ als dessen Bastion im Nahen Osten. Dem „Antizionismus“ der RAF und anderer Linksterroristen wird in dem Sammelband der gebührende Raum eingeräumt. Der Antiamerikanismus aber kommt kaum noch darin vor. Das paßt wohl derzeit nicht in die politische Landschaft, für deren RAF-Diskurs das Kompendium zusammengestellt wurde. Selbst bei der Nachzeichnung der Kontinuitätslinien in der Biographie Horst Mahlers wird dessen über alle Jahre andauernde Phobie gegen den „US-Imperialismus als Hauptfeind der Menschheit“ nicht in ihrer grundlegenden Prägekraft erkannt. Nur am Rande ist einmal von Antiamerikanismus die Rede, ohne daß dies in einen Zusammenhang mit Mahlers APO-, RAF-, KPD- und NPD-Zeit gerückt würde.

In ihren Stellungnahmen leitete die RAF immer wieder die Berechtigung ihre bewaffneten Kampfes aus der weltpolitischen Rolle des „US-Imperialismus“ ab. In einer Prozeßklärung, die der RAF-Terroristen Knut Folkerts im Dezember 1977 abgab, hieß es: „Die BRD wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Projekt der Vereinigten Staaten, ihrer

expansiven Weltmachtstrategie: eine Counterstaatsgründung. Unter dem Deckmantel der Verfassung und der ‚parlamentarischen Demokratie‘ konzentrierte sich die politische, ökonomische und militärische Macht in den Händen der USA. [...] Der Hauptfeind ist der US-Imperialismus in Westeuropa die Bundes Republik der Sozialdemokratie. Darin liegt die geo-strategische Brisanz der RAF, weil sie das US-Projekt, das Modell Deutschland, behindert und letztlich unmöglich machen wird, in Westeuropa einen Machtblock für die Strategie des US-Kapitals zu organisieren.“ Vom „US-amerikanischen Vasallenstaat“ hatte die SED-Propaganda in ihren wilden Jahren übrigens auch gesprochen.

Im Blick auf die weltpolitischen Konstellationen der RAF-Anfangsjahre tritt geradezu notwendig ein „interessierter Dritter“ hervor, dem sich die DDR damals stärker noch als den palästinensischen Organisationen verpflichtet sah: Nordvietnam und der Vietcong. Ohne die Hilfe des sozialistischen Lagers hätten der kommunistische Norden und seine Verbündeten im Süden den Krieg gegen die USA nicht gewinnen können. Die RAF griff 1972 mit ihren Bombenanschlägen in Frankfurt und Heidelberg direkt in den „weltweiten bewaffneten Kampf gegen die USA“ ein. Mit diesen Anschlägen errang die RAF hohes Ansehen bei den „vietnamesischen Genossen“, deren diplomatische Vertretung in Ost-Berlin damals von der SED-Führung mit Gunstbeweisen überhäuft wurde, um sie von einer Hinwendung zum chinesischen Konkurrenten abzuhalten. Wenige Monate vor den Anschlägen auf die Kasernen der amerikanischen Streitkräfte in Frankfurt und Heidelberg hatte ein Stasi-Spitzel im Gewand eines *Spiegel*-Reporters vor Ort ausgekundschaftet, wie man auf das Kasernengelände gelangt und welche Kontrollen an den Zugängen erfolgen. Ob die RAF davon profitiert hat, ist heute wohl kaum mehr zu

belegen. Aber das, was man über die damaligen Bedingungs Zusammenhänge weiß, ist mehr als im RAF-Reader von Kraushaar nachzulesen ist. Auf den Gedanken, daß im Antiamerikanismus der RAF und vieler ihrer linken Zeitgenossen die schon zu früheren Zeiten in Deutschland gehegten Vorurteile gegen die „Pax Americana“ nisteten, läßt sich keiner der zahlreichen Autoren des Sammelbandes ein, obwohl das im Kontext der Bewunderung für die „nationalen Befreiungskriege“ doch eigentlich auf der Hand läge. Sprechchöre wie „USA-SA-SS“ wurden lange vor dem Auftauchen des „Waffen-SDS“ –wie Horst Mahler nach seiner Rechtskehr seinen früheren Verband einmal nannte – gerufen. Wenn man sich so ausgreifend mit den Hintergründen der RAF-Geschichte befaßt, wie Kraushaar und seine Co-Autoren, dürfte dieser Kontext linker und rechter Verblendungstraditionen eigentlich nicht außer Acht gelassen werden. Unbenommen davon enthalten die beiden Bände auch zahlreiche anregende Betrachtungen bis hin zum Versuch einer politischen Ikonographie. Unter der Überschrift „Prada Meinhof“ wird darin „die RAF als Marke“ abgehandelt. Quod erat demonstrandum.

Nicht folgen mag der Rezensent Kraushaars These, die RAF sei „Ausdruck eines Extremismus der Mitte“ gewesen, weil sich in ihr vornehmlich Kinder von Architekten, Ärzten, Pastoren, Professoren und Sparkassendirektoren zusammenfanden. Derzeit spielt sich offenbar alles in der Mitte ab. Die Wachhabenden auf den Elfenbeintürmen der Rechtsextremismusforschung meinen Ausländerfeindlichkeit und Nationalradikalismus in der Mitte der Gesellschaft erspäht zu haben, und nun gräbt Kraushaar dort auch noch die Wurzeln der RAF aus. Die Spontis meinten übrigens schon vor dreißig Jahren: „In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod.“

Jochen Stadt